



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Geschäftsbericht des Bundesrates 2018

Band II

Geschäftsbericht 2018 des Bundesrates – Band II

Bundesratsbeschluss vom 20. Februar 2019

Einleitung	3
Bundeskanzlei.....	5
Departement für auswärtige Angelegenheiten	9
Departement des Innern	21
Justiz- und Polizeidepartement.....	29
Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport.....	35
Finanzdepartement	39
Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung	47
Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation	55

Herausgeberin: Schweizerische Bundeskanzlei
ISSN: 1663-1277
Art.-Nr. 104.610.d

Vertrieb: BBL, Verkauf Bundespublikationen, CH-3000 Bern
www.bundespublikationen.admin.ch
Publiziert auch im Internet: www.admin.ch

Einleitung

Nach Artikel 51 des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes vom 21. März 1997 (RVOG) planen die Departemente, Gruppen und Ämter ihre Tätigkeit im Rahmen der Gesamtplanungen des Bundesrates. Dabei teilen die Departemente vor Beginn des Jahres ihre Jahresziele der Bundeskanzlei mit, die sie gesamthaft dem Bundesrat zur Kenntnisnahme unterbreitet. In diesem Zusammenhang haben die Departemente sicherzustellen, dass ihre Jahresziele materiell mit den Jahreszielen des Bundesrates koordiniert sind.

Die Jahresziele der eidgenössischen Departemente und der Bundeskanzlei werden jeweils mittels eines Ziel-Massnahmenkatalogs konkretisiert. Damit wird die geeignete Grundlage für einen Soll-Ist-Vergleich auf Ende des Geschäftsjahres geschaffen. Der Zielerreichungsgrad wird wie folgt bestimmt:

<i>Realisiert:</i>	Alle Massnahmen eines Ziels sind realisiert.
<i>Überwiegend realisiert:</i>	75% und mehr der Massnahmen sind realisiert.
<i>Teilweise realisiert:</i>	25–74% der Massnahmen sind realisiert.
<i>Nicht realisiert:</i>	Weniger als 25% der Massnahmen sind realisiert.

Zeichenerklärung:

* basierend auf den Zielen des Bundesrates für das Jahr 2018 – Band I

Bundeskanzlei

Ziel 1: Wirksame Unterstützung des Bundesrates und der Departemente

Überwiegend realisiert

- ▶ **Die Von-Wattenwyl-Gespräche sind thematisch und inhaltlich stärker zwischen Bundesrat und Parteien abgestimmt.**

Bei der Planung der Von-Wattenwyl-Gespräche nimmt die Bundeskanzlei eine koordinierende Rolle wahr. Sie führt bei den Departementen eine Themenumfrage durch und bereitet auf Basis der gemeldeten Themen ein Aussprachepapier vor. Gestützt darauf legt der Bundesrat circa sechs Wochen vor den Von-Wattenwyl-Gesprächen die Themen fest. Der Bundeskanzler lädt im Anschluss die Parteien zu den Von-Wattenwyl-Gesprächen ein und ersucht diese, weitere Themen zu melden. Diese Themen werden vom Bundesrat entweder als eigenständiges Traktandum oder unter Varia aufgenommen. Der Bundesrat hat im vergangenen Jahr vermehrt die Themen der Parteien als eigenständiges Traktandum aufgenommen.

- ▶ **Die Bundeskanzlei unterbreitet dem Bundesrat im 2. Quartal 2018 eine Informationsnotiz zu den wichtigsten Entwicklungen im Bereich Krisenfrüherkennung sowie für die langfristige und kontinuierliche Lage- und Umfeldanalyse.**

Der Bundesrat hat die Informationsnotiz am 15. Juni 2018 erhalten. Sie informiert über den aktuellen Stand der Prozesse und der Produkte der langfristigen und kontinuierlichen Lage- und Umfeldanalyse und der Krisenfrüherkennung.

- ▶ **Die Bundeskanzlei unterstützt die Departemente, damit die organisatorischen Vorarbeiten zur Einführung von GENOVA bis Ende 2018 und die Einführungs- und Migrationsprojekte bis zum 1. Quartal 2020 abgeschlossen sind.**

Die organisatorischen Vorarbeiten (Ordnungssysteme, Organisationsvorschriften, Negativlisten) wurden bis Ende 2018 bis auf drei Verwaltungseinheiten (VE) von allen übrigen VE's erarbeitet. Die Einführungsplanung des Programms GENOVA geht nach wie vor von einem termingerechten Abschluss der Einführungs- und Migrationsprojekte bis zum 2. Quartal 2020 aus.

Ziel 2: Optimierung von Organisation und Abläufen

Teilweise realisiert

- ▶ **Der Zuschlag für die externen Übersetzungsleistungen in die italienische Sprache 2019–2022 ist bis Ende des 3. Quartals 2018 erfolgt.**

Die gemeinsame Ausschreibung der externen Übersetzungsleistungen durch das EFD und die BK wurde erfolgreich durchgeführt, und die Zuschläge wurden am 8. Juni 2018 auf simap publiziert.

- ▶ **Der Zuschlag für die Beschaffung einer neuen Übersetzungsunterstützungssoftware des Bundes für die Jahre 2019–2029 ist bis Ende des 4. Quartals 2018 erfolgt.**

Die Ausschreibung für die Beschaffung einer neuen Übersetzungssoftware für die Sprachdienste des Bundes wurde am 5. November 2018 auf simap publiziert. Der Zuschlag konnte im Berichtsjahr nicht erteilt werden. Um für alle Departemente geltende Anforderungen an die IKT-Lösung definieren zu können, wurde mehr Zeit benötigt als geplant. Es besteht eine Verspätung von sechs Monaten.

Ziel 3: Vorbereitung der eidgenössischen Wahlen 2019

Teilweise realisiert

- ▶ **Die Kantone und die kandidierenden Gruppierungen werden im 4. Quartal 2018 mittels Kreisschreiben des Bundesrates respektive Leitfaden der Bundeskanzlei instruiert.**

Der Bundesrat hat das Kreisschreiben an die Kantonsregierungen über die Gesamterneuerungswahl des Nationalrates am 27. September 2018 verabschiedet und am 16. Oktober 2018 im Bundesblatt publiziert. Der Leitfaden von der Bundeskanzlei für kandidierende Gruppierungen wurde am 3. Oktober 2018 veröffentlicht und an die im Nationalrat vertretenen Parteien versendet.

- ▶ **Das Wahlportal auf ch.ch für die eidgenössischen Wahlen 2019 ist bis Ende 2018 online und wird bis zu den Wahlen 2019 kontinuierlich ausgebaut.**

Das Wahlportal ch.ch/wahlen2019 ist, wie im Projekt vorgesehen, ein Jahr vor den Wahlen online. Die Vorbereitungen der Phasen 2 (Veröffentlichung Wahlanleitung) und 3 (Resultate und Analysen) laufen plangemäss.

- ▶ **Die Bundeskanzlei hat die offizielle Wahlanleitung für die Nationalratswahlen 2019 bis Ende des 3. Quartals 2018 verabschiedet.**

Die Broschüre liegt als konsolidierter und von der Geschäftsleitung BK genehmigter Entwurf vor. Pendent sind die Porträts der Parteien. Die Anfrage an die Parteien ist erfolgt.

- ▶ **Die Vernehmlassung zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die politischen Rechte ist bis Ende des 3. Quartals 2018 eröffnet. ***

In der zweiten Jahreshälfte 2018 hat sich der Kanton Genf entschieden, künftig kein eigenes E-Voting-System mehr anzubieten. Diese Entwicklung führte zu einer veränderten Ausgangslage im Projekt Vote électronique, welche die Vorbereitung der Vernehmlassung zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die politischen Rechte inhaltlich wie auch zeitlich beeinflusste. Die Vernehmlassung wurde am 19. Dezember 2018 eröffnet.

- ▶ **Die Phase Initialisierung des Projektes «Erneuerung der Fachanwendung für die provisorischen Resultate der eidgenössischen Abstimmungen» (ProRes) ist bis Ende des 2. Quartals 2018 abgeschlossen, und ein Variantenentscheid wurde getroffen.**

Das Projekt Erneuerung der Fachanwendung ProRes ist Bestandteil des Projekts Digit (Digitalisierung der Abstimmungsinformationen) geworden, das plangemäss unterwegs ist.

- ▶ **Die Anwendung «Nationalratswahlen» ist bis Ende des 3. Quartals 2018 in Betrieb gestellt.**

Die Anwendung «Nationalratswahlen» konnte aufgrund von technischen Schwierigkeiten und personellen Engpässen noch nicht in Betrieb genommen werden.

Ziel 4: Termin- und inhaltsgerechte Umsetzung der strategischen Projekte

Teilweise realisiert

- ▶ **Der Expertenbericht «Die Schweiz im Jahr 2030» ist bis Ende des 3. Quartals 2018 verabschiedet, und dessen Drucklegung erfolgt im 4. Quartal 2018.**

Der Bundesrat hat den Bericht am 15. Juni 2018 zur Kenntnis genommen. Die Publikation ist seit dem 16. Oktober 2018 im Buchhandel erhältlich.

- ▶ **Der Evaluationsbericht zur Strategischen Führungsübung 2017 (SFU 17) ist bis Ende des 2. Quartals 2018 verabschiedet.**

Der Bundesrat hat am 9. Mai 2018 den Auswertungsbericht zur SFU 17 gutgeheissen. Die Auswertung zieht Bilanz über die wichtigsten Erkenntnisse aus der Übung und erteilt verschiedene Aufträge an die Bundeskanzlei und die Departemente zur Verbesserung des Krisenmanagements auf Stufe Bund.

- ▶ **Der Bundesrat setzt das Publikationsgesetz mit den Änderungen vom 26. September 2014 sowie die teilrevidierte Publikationsverordnung auf spätestens Anfang 2019 in Kraft.**

Dieses Ziel wurde bis Ende 2018 nicht erreicht, weil die technischen Voraussetzungen dafür nicht zur Verfügung stehen (siehe «KAV-Modernisierung»).

- ▶ **Die Revision der Verordnung über die elektronische Geschäftsverwaltung in der Bundesverwaltung (GEVER-Verordnung) ist bis Ende 2018 soweit fortgeschritten, dass die Verabschiedung durch den Bundesrat bis 1. Quartal 2019 erfolgen kann.**

Die Ämterkonsultation wurde wie geplant Anfang Dezember 2018 eröffnet.

- ▶ **Der Bundesrat nimmt bis Ende des 1. Quartals 2018 Kenntnis vom Bericht «GEVER Bund» für das Berichtsjahr 2017.**

Der Bundesrat hat den Bericht am 21. März 2018 zur Kenntnis genommen.

- ▶ **Der Eidgenössische Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragte (EDÖB) hat im 4. Quartal 2018 ActaNova produktiv in Betrieb genommen.**

Die Produktivsetzung ist bereits per Anfang September 2018 erfolgt. Der EDÖB ist damit nach dem Bundesamt für Raumentwicklung (ARE) die zweite Verwaltungseinheit, welche das neue GEVER-Produkt Acta Nova erfolgreich eingeführt hat.

- ▶ **Das Projekt «KAV-Modernisierung» ist bis Ende 2018 abgeschlossen.**

Das Projekt «KAV-Modernisierung» (Erneuerung der IKT des Bundesrechtsportals) konnte Ende 2018 nicht abgeschlossen werden. Die bestehende Anwendung kann aufgrund von Verzögerungen noch nicht abgelöst werden.

- ▶ **Die Initialisierungsphase für die Nachfolge des News Service Bund (NSB) ist bis Ende des 2. Quartals 2018 abgeschlossen.**

Die Initialisierungsphase konnte 2018 nicht abgeschlossen werden. Die Verzögerung ist auf die Komplexität des Projekts sowie auf Abhängigkeiten von anderen Projekten zurückzuführen. Mit einer Marktanalyse soll den veränderten Rahmenbedingungen Rechnung getragen und eine wirtschaftliche Lösung angestrebt werden.

- ▶ **Das Konzept für das Redesign inkl. Erneuerung der Datenbank des elektronischen Staatskalenders ist bis Ende des 3. Quartals 2018 abgeschlossen.**

Das Konzept für die Erneuerung des elektronischen Staatskalenders wurde um ein Jahr verschoben, weil zuerst die Fachanwendungs-Migration durchgeführt werden soll. Diese war im 2. Semester 2018 geplant, ist jedoch auf das 1. Semester 2019 verschoben worden. Mit der Verschiebung sollen zusätzlich auch die Resultate aus dem ISB-Projekt Redesign ADD (AdminDirectory) berücksichtigt werden.

Departement für auswärtige Angelegenheiten

Ziel 1: Die Schweiz erneuert und entwickelt ihre politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur EU

Teilweise realisiert

- ▶ **Die Verhandlungen für ein institutionelles Abkommen werden weitergeführt, und gegebenenfalls wird der Bundesrat die entsprechende Botschaft verabschieden. ***

Die Verhandlungen über ein institutionelles Abkommen wurden 2018 auf der Grundlage des bestehenden (vom Bundesrat am 2. März 2018 präzisierten) Mandats weitergeführt und konnten auf technischer Ebene zu einem Ergebnis geführt werden. Der Bundesrat hat am 7. Dezember 2018 den mit der EU ausgehandelten Text zur Kenntnis genommen. Er hat das EDA beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem WBF und dem Bundespräsidenten den Abkommensentwurf bei den betroffenen innenpolitischen Akteuren in Konsultation zu geben. Demzufolge konnte die Botschaft nicht im Berichtsjahr verabschiedet werden.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft über einen zweiten Beitrag der Schweiz zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU an ausgewählte EU-Staaten verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft zum zweiten Schweizer Beitrag an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten am 28. September 2018 verabschiedet. Dabei hat er festgehalten, dass die erwarteten Entwicklungen in den Gesamtbeziehungen Schweiz-EU und hinsichtlich der Börsenäquivalenz in die parlamentarische Debatte einfließen können.

- ▶ **Die bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU werden umgesetzt, aktualisiert und fallweise weiterentwickelt. ***

Die Schweiz und die EU haben am 3. Juli 2018 das Versicherungsabkommen von 1989 an neue regulatorische Anforderungen angepasst. Ausserdem wurden die Liste der gültigen Rechtsformen von Versicherungsunternehmen sowie der im Abkommen festgelegte Umrechnungskurs Franken–Euro aktualisiert. Im Rahmen des Luftverkehrsabkommens hat die Schweiz durch einen Beschluss im Gemischten Ausschuss im Dezember 2018 verschiedene Regelungen der EU zur Flug- und Luftsicherheit, sowie zum Flugbetrieb in den Anhang des Abkommens übernommen. Im Landverkehr wurde mit einem Beschluss des Gemischten Ausschusses im Juni 2018 die Gleichwertigkeit der Schweizer Gesetzgebung mit derjenigen der EU bei verschiedenen Berufs- und Sozialvorschriften, bei technischen Aspekten im Strassenverkehrsbereich sowie auch bei verschiedenen Aspekten im Eisenbahnverkehr festgehalten. Zudem wurden weitere Vorbereitungen getroffen, um die Verhandlungen über die Teilnahme der Schweiz an der Europäischen Eisenbahnagentur (ERA) aufnehmen zu können. Am 16. November 2018 fand der Gemischte Ausschuss in den Bereichen Forschung und Innovation statt. Das Treffen diente dem Informationsaustausch bzw. der Besprechung der jüngsten Zahlen und Entwicklungen betreffend der Schweizer Beteiligung an «Horizon 2020», Euratom und ITER (International Thermonuclear Experimental Reactor). Aufgrund der im Freizügigkeitsabkommen zwischen der Schweiz und der EU festgehaltenen Übergangsbestimmungen hat der Bundesrat am 18. April 2018 beschlossen, die Ventilklausel für bulgarische und rumänische Staatsangehörige um ein Jahr zu verlängern. In Bezug

auf Kroatien hat sich der Bundesrat am 7. Dezember 2018 für die Aufrechterhaltung der Übergangsbestimmungen bis zum 31. Dezember 2021 gemäss Protokoll III ausgesprochen. Im Rahmen der Schengen-Assoziierung hat die Schweiz am 17. Juli 2018 eine Zusatzvereinbarung mit der EU über die Beteiligung am europäischen Fonds für die innere Sicherheit (ISF-Grenze) ratifiziert, welche am 1. August 2018 in Kraft getreten ist. Im gleichen Rahmen wurde am 8. November 2018 eine Zusatzvereinbarung mit der EU unterzeichnet, welche die Modalitäten der Beteiligung der Schweiz an der EU-Agentur für das Betriebsmanagement von IT-Grosssystemen (eu-LISA) regelt.

- **Die Entscheidungen zum weiteren Vorgehen bei den Verhandlungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich wurden getroffen und die Botschaften über die künftigen bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich gegebenenfalls verabschiedet. ***

Die Arbeiten an der Umsetzung der Mind-the-Gap-Strategie des Bundesrates wurden 2018 weitergeführt. Am 25. April hat der Bundesrat die Verhandlungsrichtlinien gutgeheissen. Die Arbeiten sollten im Hinblick auf die beiden folgenden Szenarien des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU weitergeführt werden: vertraglich geregelter Austritt mit einer Übergangsphase oder Austritt aus der EU ohne vertragliche Regelung. Der Bundesrat hat beschlossen, dass die bilateralen Abkommen Schweiz-Vereinigtes Königreich im Falle eines geregelten Austritts während der Übergangsphase weiterhin anwendbar sein sollten. Nach Konsultation der Aussenpolitischen Kommissionen und der Kantone hat er seine Entscheidung am 31. August 2018 bekräftigt. Im Rahmen einer vorausschauenden Planung konnten die im Falle eines ungeordneten Austritts notwendigen sektoriellen bilateralen Abkommen (als Ausweichlösungen) mit dem Vereinigten Königreich von den betroffenen Ämtern noch vor dem Jahresende ausgehandelt werden. Die innerstaatlichen Genehmigungsverfahren wurden in allen Bereichen eingeleitet, damit die ausgehandelten Lösungen bereit sind und die Fortführung der Beziehungen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich selbst im Falle eines ungeordneten Austritts am 29. März 2019 gewährleistet ist.

- **Mit den Regierungen der Mitgliedstaaten der EU, insbesondere mit denjenigen der Nachbarstaaten und mit den Behörden der Nachbarregionen haben enge und regelmässige Kontakte stattgefunden.**

Der Bundespräsident betrieb eine intensive Besuchsdiplomatie, unter anderem mit Besuchen in Wien im Januar, in Vaduz im März, in Riga im Mai, in Luxemburg im Juni und in Paris im September. Rumänien als künftigen EU-Ratsvorsitz besuchten im September, im Oktober und November der Präsident, der Vizepräsident sowie der Aussenminister. Dazu kamen zahlreiche Besuche und Kontakte mit Staats- und Regierungschefs sowie Aussenministern in Bern und andernorts.

- **Es wurde ein Grundsatzentscheid gefällt über die Aufnahme von Verhandlungen mit der EU im Hinblick auf ein Abkommen über die Beteiligung der Schweiz mit zivilen Beiträgen an Friedensförderungseinsätzen der EU.**

Vor dem Hintergrund der Beziehungen Schweiz-EU wurde 2018 vorerst von einem solchen Grundsatzentscheid abgesehen.

- **Der Bundesrat hat den Bericht über den heutigen Stand der Beziehungen der Schweiz zur Europäischen Union (in Erfüllung des Po. Aeschi 13.3151 und des Po. Grüne Fraktion 14.4080) und den Bericht über die wirtschaftlichen Vorteile dank Schengen-Partnerschaft (in Erfüllung des Po. SP Fraktion 15.3896) verabschiedet. ***

Der Bericht des Bundesrates in Erfüllung des Postulats SP Fraktion 15.3896 wurde am 21. Februar 2018 veröffentlicht. Verschiedene Entwicklungen in den Beziehungen Schweiz-EU über das gesamte Jahr 2018 hinweg sowie der Verhandlungsverlauf EU-UK im Hinblick auf den Brexit machten es nötig, den Bericht in Erfüllung der Postulate Aeschi 13.3151 und Grüne Fraktion 14.4080 redaktionell anzupassen. Um die wesentlichen Entwicklungen in Zusammenhang namentlich mit den Verhandlungen über ein institutionelles Abkommen zum Jahresende 2018 angemessen in die Würdigung der Gesamtbeziehungen Schweiz-EU aufnehmen zu können, wurde entschieden, mit einer Finalisierung des Berichts zuzuwarten.

- **Der Bundesrat hat die Botschaft zum Stromabkommen mit der EU nach Möglichkeit verabschiedet. ***

Die Verhandlungen zum Stromabkommen konnten weitergeführt werden, deren Abschluss hängt jedoch vom Abschluss eines institutionellen Abkommens ab. Die Botschaft konnte daher noch nicht verabschiedet werden.

- **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Teilnahme der Schweiz am EU-Rahmenprogramm «Creative Europe» nach Möglichkeit verabschiedet. ***

Die Verhandlungen über eine Teilnahme am laufenden Programm 2014–2020 konnten bis jetzt nicht abgeschlossen werden. Nach wie vor gibt es offene Punkte mit der EU betreffend eine Teilnahme am genannten Programm. U.a. hängt eine Teilnahme von Fortschritten in den Verhandlungen über ein institutionelles Abkommen ab. Eine Teilnahme am aktuellen Programm scheint aufgrund der fortgeschrittenen Zeit nicht mehr realistisch. Eine Teilnahme für die nächste Programmperiode ab 2021 ist zu prüfen und gegebenenfalls ist ein entsprechendes Verhandlungsmandat vorzubereiten. Die Botschaft konnte daher nicht verabschiedet werden.

- **Die Vernehmlassung zu den Abkommen Prüm und Eurodac wurde eröffnet.**

Am 25. Mai 2018 wurde das Abkommen für die Teilnahme der Schweiz an der Prümer Polizeikooperation paraphiert. Das Zusatzprotokoll über den Zugang der Strafverfolgungsbehörden auf die EURODAC-Datenbank konnte bereits Ende 2017 paraphiert werden. Aufgrund von Verzögerungen der Vorarbeiten seitens der EU wurde die Unterzeichnung der beiden Abkommen mehrmals verschoben. Deshalb konnte auch die Vernehmlassung noch nicht eröffnet werden.

Ziel 2: Die Schweiz stärkt ihr Engagement für die internationale Zusammenarbeit und baut ihre Rolle als Gastland internationaler Organisationen aus

Überwiegend realisiert

- **Im Rahmen der Umsetzung der Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit 2017–2020 hat der Bundesrat Finanzierungsbeiträge an multilaterale Organisationen und Entwicklungsbanken beschlossen. * Der Bundesrat wird ebenfalls über die Mittel für die Wiederauffüllung des Green Climate Fund (GCF) und des International Fund for Agricultural Development (IFAD) beschliessen. * Der Bundesrat hat den Beitrag der Schweiz an das Sitzbudget des IKRK beschlossen. * Der Bundesrat hat den Bericht der Schweiz zur Umsetzung der Agenda 2030 zuhanden des UN High Level Political Forums (HLPF) 2018 verabschiedet. ***

Am 15. August 2018 beschloss der Bundesrat Kernbeiträge für die Jahre 2018–2020 zugunsten des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP), des Kinderhilfswerks der Vereinten Nationen (UNICEF), des Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (UNFPA) und der Einheit der Vereinten Nationen für Gleichstellung und Ermächtigung der Frauen (UN Women). Das Board des GCF hat aufgrund internen Klärungsbedarfs erst im Oktober über die Wiederauffüllung entschieden, weshalb die Wiederauffüllungsverhandlungen im Berichtsjahr nicht stattfinden konnten. Der Bundesrat erneuerte am 21. März 2018 die finanzielle Unterstützung der Schweiz an das Sitzbudget des IKRK für 2018 und am 25. April 2018 an den IFAD für die Jahre 2019–2021. Der Länderbericht der Schweiz zur Umsetzung der Agenda 2030 für Nachhaltige Entwicklung zuhanden der UNO wurde am 20. Juni 2018 vom Bundesrat gutgeheissen und im Juli 2018 am Hochrangigen Politischen Forum für Nachhaltige Entwicklung der UNO präsentiert.

- **Die Schweiz ist in der Diskussion betreffend Kapitalerhöhung der Weltbankgruppe (IBRD und IFC) positioniert.**

Anlässlich der Frühjahrstagung der Weltbankgruppe vom 18. bis 21. April 2018 wurden Kapitalerhöhungen zweier Unterorganisationen der Weltbankgruppe, der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD) und der Internationalen Finanz-Corporation (IFC), verabschiedet. Der Umfang des Pakets, welches 7,5 Milliarden US-Dollar für die IBRD und 5,5 Milliarden für die IFC umfasst, ist ein klares Bekenntnis zum Multilateralismus und dessen Rolle bei der Lösung globaler Herausforderungen. Die Schweiz sprach sich an der Frühjahrstagung gemäss Bundesratsbeschluss vom 18. April 2018 dafür aus, dass die Gouverneure der Weltbank-Gruppe diese Kapitalerhöhungen verabschieden, hat aber gleichzeitig weitere Effizienzsteigerungen der Bank gefordert.

- **Die neue Kooperationsstrategie Middle East für die Länder Syrien, Türkei, Jordanien, Libanon und Irak ist verabschiedet.**

Am 18. Oktober 2018 hat das Gremium Politikfragen der DEZA ein Konzeptpapier zur Kooperationsstrategie im Nahen Osten 2019–2022 verabschiedet. Die neue Strategie folgt dem «Whole-of-Government»-Ansatz und legt das Gewicht auf die Verbindung von humanitärer Hilfe, Entwicklungszusammenarbeit und Friedenspolitik.

► **Die Schweiz setzt die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung um. ***

Der Bundesrat hat den ersten Länderbericht der Schweiz zur Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung am 20. Juni 2018 gutgeheissen. Der Bundesrat hat ausserdem am 14. Dezember 2018 über die formale Umsetzungsstruktur der Agenda 2030 durch die Schweiz entschieden: Es wird ein Direktionskomitee Agenda 2030 mit Vertreterinnen und Vertretern aus allen Departementen sowie der Bundeskanzlei als strategisches Steuerungs- und Koordinationsgremium eingesetzt. Dieses wird von einem oder einer Delegierten und einem oder einer stellvertretenden Delegierten des Bundesrates (alternierend vom UVEK und dem EDA gestellt) begleitet.

Ziel 3: Die Schweiz stärkt ihr Engagement für Frieden und Sicherheit und liefert entscheidende Impulse für eine gerechte und dauerhafte internationale Ordnung

Überwiegend realisiert

► **Der Bundesrat hat die Botschaft zum Gesetzesentwurf über die Unterstützung der nationalen Menschenrechtsinstitution verabschiedet und den Schlussbericht zur dritten allgemeinen regelmässigen Überprüfung (UPR) der Schweiz genehmigt. ***

Aufgrund des Vernehmlassungsergebnisses wird vom EDA ein neues Modell, welches auch den kritischen Stimmen Rechnung trägt, geprüft. Die Botschaft zum Gesetzesentwurf konnte daher noch nicht erarbeitet werden. Der Bundesrat hat am 21. Februar 2018 den Schlussbericht zur dritten allgemeinen regelmässigen Überprüfung der Schweiz genehmigt. Die Schweiz hat von insgesamt 251 Empfehlungen 160 an- und 91 zur Kenntnis genommen. Der Bericht ist am 15. März 2018 vor dem UNO-Menschenrechtsrat präsentiert worden.

► **Der Bundesrat hat den Bericht zur Umsetzung des Internationalen Übereinkommens zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat am 19. Dezember 2018 den Bericht gutgeheissen.

► **Der Bundesrat hat den Bericht über die Guten Dienste der Schweiz (in Erfüllung des Po. Béglé 16.3929) verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat am 14. Dezember 2018 den Bericht gutgeheissen.

► **Die neue Strategie des Bundes für den Schutz der Zivilbevölkerung in bewaffneten Konflikten liegt vor.**

Die im EDA eingesetzte Steuerungsgruppe hat entschieden, den Ausarbeitungsprozess der neuen Strategie bis zum Erscheinen der «Aussenpolitischen Vision Schweiz 2028» (AVIS-28) zu sistieren.

- ▶ **Das EDA koordiniert die Redaktion der Botschaft über einen Rahmenkredit zur Weiterführung der Unterstützung der drei Genfer Zentren 2020–2023 und unterbreitet sie vor Ende 2018 dem Bundesrat. ***

Die Botschaft wurde am 7. Dezember 2018 durch den Bundesrat verabschiedet.

- ▶ **Die Schweiz leistet im UNO-Rahmen einen entscheidenden Beitrag zur Erarbeitung von zwei globalen Rahmenabkommen, die politisch verbindliche und global anerkannte Prinzipien und Zielwerte für die nachhaltige Stärkung der globalen Flüchtlings- und Migrationsgouvernanz festlegen. Das EDA setzt sich dafür ein, dass die Schweiz Lösungsansätze zur Bearbeitung von normativen und operationellen Lücken in Bezug auf den Schutz von Vertriebenen entwickelt.**

Die Schweiz hat im UNO-Rahmen einen Beitrag zur Erarbeitung von zwei globalen Rahmenabkommen zur Stärkung der globalen Flüchtlings- und Migrationsgouvernanz geleistet.

- ▶ **Der Bundesrat hat einen Bericht zur Neubeurteilung der Lage der Schweizer Rohstoffbranche verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat am 30. November 2018 den Bericht gutgeheissen.

Ziel 4: Die Schweiz fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern

Realisiert

- ▶ **Das EDA hat Vorkehrungen für die Umsetzung seiner Strategie zu Geschlechtergleichstellung und Frauenrechten getroffen.**

Das EDA hat im Jahr 2018 die Wirkung seiner Massnahmen in der internationalen Zusammenarbeit im Bereich der Geschlechtergleichstellung über die vergangenen zehn Jahre untersucht (2007–2016) und die Resultate im Juni 2018 in einem Bericht veröffentlicht. Aufgrund von Vorfällen zu sexueller Ausbeutung und Missbrauch bei Partnerorganisationen hat das EDA einen einheitlichen Code of Conduct für EDA-Mitarbeitende im Ausland und für Partnerorganisationen verabschiedet. Weiter hat das EDA 2018 einen Dialog mit Akteurinnen und Akteuren des schweizerischen Privatsektors zur Gleichstellung lanciert. Namentlich hat es am 1. November 2018 eine Konferenz mit der Exekutivdirektorin von UN Women zur Stärkung der Stellung der Frauen in der Arbeitswelt durchgeführt.

Ziel 5: Die Schweiz beugt Gewalt, Kriminalität und Terrorismus vor und bekämpft sie wirksam

Realisiert

- ▶ **Die Schweiz unterstützt die UNO mit Blick auf eine umfassende und ausgewogene Umsetzung der Globalen Strategie zur Bekämpfung des Terrorismus, die im Sommer 2018 zum sechsten Mal überprüft wird.**

Die Schweiz hat sich erneut erfolgreich dafür eingesetzt, dass sich auch die 6. Überprüfung der Globalen Strategie der UNO zur Bekämpfung des Terrorismus mit allen vier Pfeilern der Strategie (Ursachenbekämpfung, Repression, Aufbau von Kapazitäten, Beachtung der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit) in ausgewogenem Masse befasst hat. Aus Schweizer Sicht ist namentlich die Bekräftigung der Einhaltung des Völkerrechts, insbesondere des humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte, sowie die Anerkennung der besonderen Schutzbedürftigkeit von Kindern zu begrüssen.

- ▶ **Im Rahmen ihres Ko-Vorsitzes in der Arbeitsgruppe «Strafjustiz und Rechtsstaatlichkeit» des Globalen Forums gegen den Terrorismus (GCTF) setzt sich die Schweiz dafür ein, dass auf globaler Ebene effektive justizielle und administrative Standards bei der Prävention und der Bekämpfung des Terrorismus und seiner Finanzierung entwickelt werden.**

Unter dem Ko-Vorsitz der Schweiz und von Nigeria hat die Arbeitsgruppe «Strafjustiz und Rechtsstaatlichkeit des Globalen Forums gegen den Terrorismus (GCTF) die «Abuja Empfehlungen über die Beschaffung, Verwendung und Übermittlung von Beweismitteln zum Zweck der strafrechtlichen Verfolgung von Terroristen» erarbeitet. Die Empfehlungen wurden von der Ministerkonferenz des (GCTF) am 26. September 2018 in New York verabschiedet.

Ziel 6: Die Schweiz engagiert sich unter Wahrung ihrer Unabhängigkeit und Neutralität aktiv für die internationale Stabilität

Überwiegend realisiert

- ▶ **Der kombinierte 10.–12. Bericht der Schweiz über die Umsetzung des Internationalen Übereinkommens zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung (CERD) wird vom Bundesrat verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat am 30. November 2018 den kombinierten 10.–12. Bericht gutgeheissen.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Tätigkeitsbericht der IDAG Korruptionsbekämpfung 2014–2017 genehmigt und einen Entscheid über die Weiterführung des Mandats getroffen.***

Der Bundesrat hat am 25. April 2018 vom Tätigkeitsbericht 2014–2017 der IDAG Korruptionsbekämpfung Kenntnis genommen. Der IDAG Korruptionsbekämpfung wurde ein neues zehnjähriges Mandat gestützt auf Artikel 55 RVOG erteilt. Sie wurde zudem beauftragt, bis Ende März 2020 strategische und operationelle Antikorruptionsziele auf Bundesebene auszuarbeiten und dem Bundesrat zur Genehmigung vorzulegen.

- **Im Hinblick auf die 33. Internationale Konferenz vom Roten Kreuz und Roten Halbmond 2019 setzt sich die Schweiz für eine Konkretisierung der Verhandlungen für einen intensivierten, dem Humanitären Völkerrecht gewidmeten, zwischenstaatlichen Dialog ein.**

Die Schweiz und das IKRK haben 2018 in Genf zwei weitere Staatentreffen organisiert und sich für einen zwischenstaatlichen Dialog eingesetzt. Im gegenwärtigen politischen Umfeld haben die Staaten keinen Konsens über einen regelmässigen Staatendialog zum Humanitären Völkerrecht erreicht. Die im laufenden Prozess erarbeiteten Ideen können von Staaten individuell weiterverfolgt werden.

- **Die Schweiz setzt sich dafür ein, dass Staaten bei der Terrorismusbekämpfung das Völkerrecht respektieren sowie humanitäre Organisationen weiterhin unparteiische humanitäre Hilfe und Schutz erbringen können.**

Die Schweiz hat, zusammen mit humanitären Organisationen und Akteuren für die Terrorismusbekämpfung, Veranstaltungen in Genf und in New York zu diesem Thema organisiert, um mögliche Lösungsansätze mit Staaten zu diskutieren.

- **Die interdepartementalen strategischen Achsen für den Sahel 2019–2023 sind erarbeitet und verabschiedet.**

Die interdepartementalen Arbeiten an den «Axes Stratégique de l'engagement de la Suisse au Sahel 2019–2023» wurden im Herbst 2018 abgeschlossen. Da die Sahel-Strategie mit der Aussenpolitischen Vision 28 sowie den weiteren damit zusammenhängenden strategischen Prozessen des Departements abgestimmt werden muss, konnte die Validierung und Publikation noch nicht erfolgen.

- **Die Schweiz trägt zu einem besseren Verständnis der Auswirkungen moderner Technologien auf die Einhaltung des Völkerrechts bei, namentlich der UNO-Charta, des Humanitären Völkerrechts und der Menschenrechte, und formuliert in den relevanten Foren Vorschläge zu deren völkerrechtlichen Einordnung.**

Die Schweiz hat Veranstaltungen namentlich in Genf organisiert, um die Anwendung von herkömmlichen Grundprinzipien des Völkerrechts auf moderne Technologien besser zu klären. Im Bereich der autonomen Waffensysteme setzte sich die Schweiz dafür ein, dass die Anwendung des humanitären Völkerrechts, die Durchführung von Waffenüberprüfungen sowie die Sicherstellung der Verantwortlichkeit über derartige Waffensysteme als Leitprinzipien festgehalten wurden.

- **Das EDA setzt sich für einen sicheren und offenen Cyber-Raum ein, der auf Regeln und gegenseitigem Vertrauen basiert. Das EDA nimmt an den entsprechenden Prozessen in der UNO und der OSZE teil.**

Das EDA hat sich in den internationalen Gremien für die Anerkennung, Einhaltung und Durchsetzung des bestehenden Völkerrechts sowie für die zwischenstaatliche Vertrauensbildung eingesetzt, damit unsere Gesellschaft, Wirtschaft und Politik den digitalen Raum weiterhin uneingeschränkt nutzen kann. Das EDA tat dies im Sinne einer Brückenbauerin in einem zunehmend polarisierten Umfeld. Eines der strategischen Ziele des Engagements ist die Förderung des internationalen Genfs als Dialogplattform im Cyberbereich. Das EDA hat die Interessenwahrung im Cyberraum verstärkt und hierfür das Büro des Sondergesandten für Cyber-Aussen- und –Sicherheitspolitik geschaffen.

- ▶ **Die Schweiz hat den 2017 im Rahmen der UNO verabschiedeten Kernwaffenverbotsvertrag und seine Auswirkungen im Hinblick auf die Weiterentwicklung ihrer Position in der nuklearen Abrüstung analysiert. Zudem hat sie Beiträge für eine konstruktive Koexistenz des neuen Verbotsabkommens mit existierenden Foren und Normen, namentlich dem Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (NPT), geleistet.**

Der Bericht der interdepartementalen Arbeitsgruppe über den Kernwaffenverbotsvertrag wurde vom Bundesrat am 15. August 2018 zur Kenntnis genommen. Die darin enthaltene Analyse stellte die Grundlage für den bundesrätlichen Entscheid dar, dem Vertrag zum jetzigen Zeitpunkt nicht beizutreten, aber als konstruktiv-kritischer Beobachter an künftigen Staatentreffen des Vertrags teilzunehmen. Die Schweiz leistete zudem konkrete inhaltliche Beiträge in zahlreichen Abrüstungsforen (NPT, der Genfer Abrüstungskonferenz oder UNO-Regierungsexpertengruppe über die Verifikation in der nuklearen Abrüstung).

- ▶ **Die Schweiz leistet Beiträge, damit die Implikationen wissenschaftlich-technischer Entwicklungen im Waffenbereich multilateral thematisiert werden, insbesondere im Rahmen der Bio- und Chemiewaffenkonventionen sowie des Übereinkommens über bestimmte konventionelle Waffen. Betreffend Autonomer Waffensysteme prüft sie die Frage nach dem vernünftigen Grad von Kontrolle sowie dem diesbezüglichen Regulierungsbedarf.**

Die Schweiz leistete zahlreiche inhaltliche Beiträge im Rahmen der erwähnten Übereinkommen, u.a. zwecks Stärkung der Bereitschaft dieser Foren, die Herausforderungen im Bereich Wissenschaft und Technologie anzugehen. Sie trug substantiell zu einem entsprechenden Bericht des UNO-Generalsekretärs und zu einer Resolution in der UNO-Generalversammlung bei. Die Schweiz arbeitete zudem mit dem Abrüstungsforschungsinstitut der UNO (UNIDIR), dem UNO-Abrüstungsbüro (UNODA) sowie mit anderen Staaten (z.B. Indien, Australien) zusammen. Im Bereich der autonomen Waffen setzte sich die Schweiz zusammen mit Deutschland und Frankreich für eine politische Erklärung ein, die u.a. eine ausreichende Kontrolle über derartige Waffen durch den Menschen fordert.

- ▶ **Die Schweiz ist im Exekutivrat der Organisation für das Verbot Chemischer Waffen vertreten und tritt für eine Stärkung des Chemiewaffenübereinkommens ein, insbesondere im Lichte wiederholter Chemiewaffeneinsätze.**

Entsprechend dem Rotationsprinzip war die Schweiz von Mai 2016 bis Mai 2018 im Exekutivrat der OPCW vertreten. Im Lichte zahlreicher Chemiewaffeneinsätze in Syrien und anderswo engagierte sie sich für eine Stärkung des Chemiewaffenübereinkommens, beispielsweise durch die technische und personelle Unterstützung von internationalen Untersuchungsmissionen und Initiativen im Bereich Wissenschaft und Technologie.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Tätigkeitsbericht zur Umsetzung des Bundesgesetzes über die im Ausland erbrachten privaten Sicherheitsdienstleistungen (BPS) zur Kenntnis genommen. ***

Der Tätigkeitsbericht 2017 wurde vom Bundesrat am 11. April 2018 zur Kenntnis genommen.

Ziel 7: Engagement für eine bessere globale Gouvernanz und Förderung von Genf als Standort für internationale Organisationen und Veranstaltungen

Realisiert

- ▶ **Die in der Strategie zur Stärkung der Gaststaatspolitik enthaltenen Massnahmen (Entwicklung von Plattformen, Universalität der ständigen Missionen in Genf usw.) werden kontinuierlich umgesetzt und weiterentwickelt.**

2018 wurde der Entwurf der neuen Botschaft für den Zeitraum 2020–2023 erarbeitet. Die Umsetzung der Botschaft (2016–2019) wurde erfolgreich weitergeführt. 2018 setzte sich die Schweiz erneut im Rahmen der Budgetverhandlungen für finanzielle Mittel für die Renovation des Palais des Nations ein (Strategic Heritage Plan, SHP). Auch die Immobilienprojekte der WHO, der ILO, der FISCR, des IKRK und der ITU wurden weitergeführt. Eine neue Plattform zum Thema Menschenrechte wurde in Zusammenarbeit mit der Académie de Droit International Humanitaire et de Droits Humains geschaffen. Das High Level Panel für digitale Zusammenarbeit wurde im Juli 2018 auf Initiative des Generalsekretärs der Vereinten Nationen ins Leben gerufen und traf sich erstmals im September 2018 in New York. Ziel ist die Erleichterung der praktischen Zusammenarbeit im Bereich der digitalen Gouvernanz. Das Science and Policy Interface (SPI) wurde im Februar 2018 von der Universität Genf ins Leben gerufen. Des Weiteren fanden Friedensgespräche zu Jemen und zur Westsahara im September resp. Dezember 2018 in Genf statt.

- ▶ **Die Schweiz führt ihre Initiativen hinsichtlich der Reform und Stärkung der UNO weiter (Friedensarchitektur inkl. Arbeitsweise des Sicherheitsrats, Verwaltung der UNO, Entwicklungssystem, Menschenrechtspfeler).**

Die Schweiz führte ihr Engagement für eine Reform und Stärkung der UNO im Rahmen der Reformprozesse in den Bereichen Frieden und Sicherheit, Entwicklung sowie Verwaltung der UNO weiter. Sie engagierte sich in den Verhandlungen aktiv als Brückenbauerin und konnte so zum Gelingen beitragen. In den Verhandlungen zur Reform des UNO-Entwicklungssystems brachte die Schweiz erfolgreich einen Kompromissvorschlag zu einem breit abgestützten Finanzierungsmodell ein. Betreffend Arbeitsweise des Sicherheitsrats setzte sie die Koordination der Gruppe «Accountability, Coherence, Transparency» fort.

Ziel 8: Realisierung von Massnahmen für eine erfolgreiche Umsetzung der Strategie Landeskommunikation

Realisiert

- ▶ **Die Schweiz nützt die Olympischen und Paralympischen Winterspiele 2018 in Pyeongchang (Südkorea) mit dem House of Switzerland für die Landeskommunikation, indem sie sich der südkoreanischen und internationalen Öffentlichkeit als sportbegeistertes, innovatives und touristisch attraktives Land präsentiert und auch ihren Partnern eine attraktive Plattform bietet.**

Die Bilanz des internationalen Austauschs anlässlich der Olympischen Winterspiele 2018 in Pyeongchang fällt positiv aus. Über 100 000 Personen haben während der Olympischen Spiele das House of Switzerland besucht. Der Besuch des Hauses hat dazu beigetragen, die zuvor schon positive Wahrnehmung der Schweiz weiter zu verbessern: 81 Prozent der Besucherinnen und Besucher gaben danach an, ein noch klareres und positiveres Bild der Schweiz erhalten zu haben. Insgesamt 147 Artikel und Reportagen berichteten in Südkorea über unser Land. Die Besuche des Bundespräsidenten und des Chefs VBS ermöglichten es der Schweiz, sowohl die bilateralen Beziehungen zu stärken als auch vielfache internationale Kontakte zu knüpfen.

Ziel 9: Erhöhung der Nutzbarkeit der digitalen Angebote des Konsularnetzes Schweiz

Überwiegend realisiert

- ▶ **Die Adressen in der Datenbank der Auslandschweizerinnen und –schweizer eVERA sind bereinigt.**

Die Adressen im Auslandschweizerregister wurden per 31. März 2018 vollständig bereinigt und die Arbeiten abgeschlossen.

- ▶ **Der Webauftritt ist optimiert, so dass der online-Schalter für konsularische Dienstleistungen sowie die Reise-App itineris benutzerfreundlicher und damit attraktiver sind.**

Der Online-Schalter EDA wurde 2018 gestalterisch überarbeitet und prominent in den Internetauftritt des EDA integriert. Damit wird der Austausch zwischen den Schweizer Staatsangehörigen im Ausland und der jeweils zuständigen Vertretung weiter vereinfacht. Noch nicht abgeschlossen ist der geplante Ersatz der Reise-App itineris. Die heute im Einsatz stehende App kann aufgrund ihrer Konzeption und vertraglichen Einschränkungen nicht weiterentwickelt werden. Die Anforderungen an die neue App konnten nicht rechtzeitig erarbeitet werden.

Departement des Innern

Ziel 1: Erhöhung des Gesundheitsschutzes, Förderung der Lebensqualität und Stärkung der Chancengleichheit

Teilweise realisiert

- ▶ **Das Krebsregistrierungsgesetz (KRG) ist zweistufig in Kraft gesetzt: Die Bestimmungen zu den neuen Bundesaufgaben treten im 2. Quartal 2018 in Kraft und die restlichen Bestimmungen auf den 1. Januar 2019. ***

Der Bundesrat hat am 11. April 2018 die dazugehörige Verordnung verabschiedet und beschlossen, dieses Gesetz Anfang 2020 in Kraft zu setzen. Massgebend war die Überlegung, den an der Krebsregistrierung beteiligten Akteuren genügend Zeit für die Vollzugsvorbereitung einzuräumen.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Ergebnisse der Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) betreffend die Einführung eines Referenzpreissystems bei patentabgelaufenen Arzneimitteln zur Kenntnis genommen und das weitere Vorgehen festgelegt. ***

Der Bundesrat hat am 28. März 2018 ein Kostendämpfungsprogramm verabschiedet. Dabei hat er beschlossen, die Frage des Referenzpreissystems in das erste Gesetzgebungspaket aufzunehmen. Dieses wurde bis am 14. Dezember 2018 in die Vernehmlassung gegeben, die Ergebnisse lagen bis Ende 2018 noch nicht vor.

- ▶ **Die Vernehmlassung zur Weiterentwicklung der gesetzlichen Grundlagen betreffend die Arbeitsabwesenheiten von pflegenden Angehörigen ist eröffnet. ***

Der Bundesrat hat am 27. Juni 2018 die Vernehmlassung zum Vorentwurf des Bundesgesetzes über die bessere Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Angehörigenbetreuung eröffnet.

- ▶ **Die Vernehmlassung zu Anpassungen des schweizerischen Medizinprodukte-rechts an die EU-Regulierung ist eröffnet. Parallel dazu wird das MRA nachgeführt. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft zur Änderung des Heilmittelgesetzes (neue Medizinprodukte-Regulierung) am 30. November 2018 zur Behandlung im Sonderverfahren verabschiedet. Da die Botschaft erst Ende November 2018 vorlag, konnten die Detailbestimmungen zur Revision der Medizinprodukteverordnung und zur Verordnung über klinische Versuche für Medizinprodukte (neue Medizinprodukte-Regulierung) nicht noch in diesem Jahr in die Vernehmlassung geschickt werden. Die notwendigen Änderungen im MRA wurden 2018 mit der Europäischen Kommission besprochen.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zum Ausführungsrecht des Bundesgesetzes über den Schutz vor Gefährdungen durch nichtionisierende Strahlung und Schall (NISSG) eröffnet.**

Der Bundesrat hat die Vernehmlassung am 14. Februar 2018 eröffnet.

- ▶ **Der Bericht über die Umsetzung des Aktionsplans Radium 2015–2019 ist verabschiedet.**

Der Bericht liegt vor. Er kann jedoch erst dem Bundesrat vorgelegt werden, wenn die Frage der freiwilligen Mitfinanzierung durch die Uhrenindustrie geklärt ist.

- **Der Bundesrat hat die Änderungen des Ausführungsrechts zum revidierten Heilmittelgesetz (HMG) verabschiedet.**

Der Bundesrat hat am 21. September 2018 die Änderungen des Ausführungsrechts zum revidierten Heilmittelgesetz (HMG) verabschiedet und auf den 1. Januar 2019 in Kraft gesetzt. Aufgrund der Rückmeldung aus der Vernehmlassung und des daraus folgenden bedeutenden Überarbeitungsbedarfs hat der Bundesrat ebenfalls beschlossen, die Inkraftsetzung der Bestimmungen zur Integrität, Transparenz und Weitergabepflicht zu verschieben.

- **Der Bundesrat hat den Bericht zu den theoretischen Grundlagen der Stiftung «Sexuelle Gesundheit Schweiz (SGS)» zur sexuellen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen (in Erfüllung des Po. Regazzi 14.4115), den Bericht «Stopp der Medikamentenverschwendung!» (in Erfüllung des Po. Fraktion CVP-EVP 14.3607), den Bericht betreffend die Auswirkungen der Emission von Niedrigstrahlung aus Atomkraftwerken (in Erfüllung des Po. Fehr Hans-Jürg 08.3475) sowie den Bericht «Cannabis für Schwerkranke» (in Erfüllung der Mo. Kessler 14.4164) verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat den Bericht in Erfüllung des Postulats Regazzi 14.4115 am 21. Februar 2018, den Bericht in Erfüllung des Postulats Fehr Hans-Jürg 08.3475 am 2. März 2018 sowie den Bericht in Erfüllung der Motion Kessler 14.4164 am 4. Juli 2018 gutgeheissen. Der Bericht «Stopp der Medikamentenverschwendung!» (in Erfüllung des Po. Fraktion CVP-EVP 14.3607) konnte hingegen nicht dem Bundesrat vorgelegt werden, da die Arbeiten zwischenzeitlich aufgrund anderer politisch vorrangiger Geschäfte (Heilmittelverordnungspaket; Revision Medizinprodukterecht) zurückgestellt werden mussten.

- **Die Vernehmlassung zur Änderung des Tierseuchengesetzes ist eröffnet.**

Der Bundesrat hat die Vernehmlassung am 28. März 2018 eröffnet.

- **Die Revision der Tierseuchenverordnung ist verabschiedet.**

Der Bundesrat hat die Revision der Tierseuchenverordnung am 25. April 2018 verabschiedet.

Ziel 2: Eindämmung des Kostenwachstums, Erhöhung der Versorgungsqualität und der Transparenz im Gesundheitswesen

Überwiegend realisiert

- **Die Botschaft zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) betreffend die Anpassung der Franchisen an die Kostenentwicklung ist verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 28. März 2018 verabschiedet.

- **Der Bundesrat hat die Ergebnisse der Vernehmlassung zur Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) hinsichtlich der Zulassung von Leistungserbringern zur Kenntnis genommen, über das weitere Vorgehen entschieden und in der Folge die Botschaft verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 9. Mai 2018 verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Ergebnisse der Vernehmlassung betreffend die Genehmigung der Organhandelskonvention und ihrer Umsetzung (Änderung des Transplantationsgesetzes) zur Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen entschieden. ***

Da die Vorlage in der Vernehmlassung sehr gut aufgenommen wurde (namentlich von den für die Strafverfolgung zuständigen Kantonen wie auch von den Akteuren der Transplantationsmedizin), konnte auf den Beschluss des Bundesrates zum weiteren Vorgehen verzichtet werden. Dementsprechend wird nun die Botschaft vorbereitet.

- ▶ **Die Vernehmlassung zum Ausführungsrecht des Gesundheitsberufegesetzes (GesBG) ist eröffnet. ***

Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zum Ausführungsrecht des Gesundheitsberufegesetzes vom 30. September 2016 und den damit einhergehenden Teilrevisionen der Verordnungen zum Medizinalberufe- und Psychologieberufegesetz am 10. Oktober 2018 eröffnet.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht über die Zielerreichung des Masterplans zur Stärkung der biomedizinischen Forschung und Technologie verabschiedet und bei Bedarf über zusätzliche Vorkehren entschieden. ***

Der Bundesrat hat den Bericht «Standortbestimmung 2018» zu den Massnahmen des Bundes zur Stärkung der biomedizinischen Forschung und Technologie am 14. Dezember 2018 genehmigt. Aufgrund der Bedeutung der biomedizinischen Forschung und Industrie für die Schweizer Wirtschaft und das Gesundheitswesen hat der Bundesrat beschlossen, den im Jahr 2020 auslaufenden Masterplan weiterzuführen. Er hat das EDI beauftragt, bis Juni 2020 einen neuen Masterplan für die Jahre 2020–2025 zu erarbeiten.

- ▶ **Die Strategie «e-Health Schweiz 2.0» ist verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die von Bund und Kantonen gemeinsam erarbeitete «Strategie eHealth Schweiz 2.0 2018–2022. Ziele und Massnahmen von Bund und Kantonen zur Verbreitung des elektronischen Patientendossiers sowie zur Koordination der Digitalisierung rund um das elektronische Patientendossier» am 14. Dezember 2018 verabschiedet. Die Schweizerische Konferenz der kantonalen Gesundheitsdirektorinnen und -direktoren schloss sich den Zielen und Massnahmen ebenfalls an.

- ▶ **Der Bundesrat hat über Massnahmen und Vorgehen in Sachen Kostendämpfung in der obligatorischen Krankenpflegeversicherung entschieden. ***

Gestützt auf die im Expertenbericht vom Herbst 2017 vorgeschlagenen Massnahme hat der Bundesrat am 28. März 2018 ein Kostendämpfungsprogramm verabschiedet. Er hat entschieden, zwei Gesetzgebungspakete zu schnüren. Die Vernehmlassung zum ersten Gesetzgebungspaket wurde am 14. September 2018 eröffnet, die Vernehmlassung zum zweiten Gesetzgebungspaket folgt.

- ▶ **Die Änderungen der Verordnung über die Krankenversicherung (KVV) sowie der Verordnung über die Kostenermittlung und die Leistungserfassung durch Spitäler, Geburtshäuser und Pflegeheime in der Krankenversicherung (VKL) betreffend die Weiterentwicklung der Spitalplanungskriterien bzw. die Ergänzung der Tarifgestaltungsgrundsätze sind verabschiedet.**

Die Arbeiten zu den Änderungen der Verordnung über die Krankenversicherung (KVV) sowie der Verordnung über die Kostenermittlung und die Leistungserfassung durch Spitäler, Geburtshäuser und Pflegeheime in der Krankenversicherung (VKL) haben sich verzögert, da die vorgängigen Diskussionen mit den Kantonen bezüglich Planungskriterien andauern.

- ▶ **Der Bericht «Durchsetzung zuverlässiger und richtiger Messwerte im Gesundheitswesen» (in Erfüllung des Po. Kessler 12.3716) und der Bericht betreffend die Nutzung von Gesundheitsdaten für eine qualitativ hochstehende und effiziente Gesundheitsversorgung (in Erfüllung des Po. Humbel 15.4225) sowie der Bericht «Fallpauschalen und Globalbudget. Evaluation der Systeme in den Kantonen» (in Erfüllung des Po. SGK-N 14.3385) sind verabschiedet. ***

Die Arbeiten am Bericht «Durchsetzung zuverlässiger und richtiger Messwerte im Gesundheitswesen» in Erfüllung des Postulats Kessler 12.3716 sind weitgehend abgeschlossen, konnten verwaltungsintern aber nicht bereinigt werden. Der Bericht betreffend die Nutzung von Gesundheitsdaten für eine qualitativ hochstehende und effiziente Gesundheitsversorgung in Erfüllung des Postulats Humbel 15.4225 konnte aufgrund der Komplexität und des damit verbundenen Abstimmungsbedarfs mit anderen Dienststellen nicht fertig gestellt werden. Der Bericht in Erfüllung des Postulats SGK-N 14.3385 konnte nicht fertig gestellt werden, da vorgängig ein Expertenbericht über die Situation und die Erfahrungen in den Kantonen erstellt wurde. Dessen Fertigstellung hatte mehr Zeit beansprucht als ursprünglich geplant war.

Ziel 3: Kinder-, Jugend- und Familienpolitik sowie Armutsbekämpfung

Realisiert

- ▶ **Die Botschaft zur Eidg. Volksinitiative «Für einen vernünftigen Vaterschaftsurlaub – zum Nutzen der ganzen Familie» ist verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 1. Juni 2018 verabschiedet.

- ▶ **Gesetz und Verordnung über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung sind in Kraft gesetzt. ***

Das Gesetz und die Verordnung über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung sind per 1. Juli 2018 in Kraft gesetzt worden.

- ▶ **Die Botschaft zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die Familienzulagen (Umsetzung der Mo. Seydoux-Christe 13.3650) ist verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft zur Änderung des Familienzulagengesetzes am 30. November 2018 verabschiedet.

- ▶ **Der Bericht zur Evaluation und zum Abschluss des nationalen Programms zur Prävention und Bekämpfung von Armut (inkl. Bericht «Armutsmonitoring in der Schweiz» und Bericht in Erfüllung der Mo. SP Fraktion 14.3890 «Strategie zur Reduktion der Abhängigkeit von Jugendlichen und jungen Erwachsenen von der Sozialhilfe») ist verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat am 18. April 2018 den Bericht über die «Ergebnisse des Nationalen Programms zur Prävention und Bekämpfung von Armut 2014–2018» sowie in Erfüllung der Motion SP Fraktion 14.3890 vom 25. September 2014 gutgeheissen.

Ziel 4: Konsolidierung der Sozialwerke

Teilweise realisiert

- ▶ **Die Botschaft zur Modernisierung der Aufsicht in der ersten Säule und Optimierung der zweiten Säule der Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge ist verabschiedet. ***

Nach der Vernehmlassung wurden vertiefte Gespräche mit den betroffenen Akteuren geführt, um die eingebrachten Differenzen so weit wie möglich zu bereinigen. Gleichzeitig mussten im Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) personelle Ressourcen für vordringlichere Geschäfte eingesetzt werden. Die Verabschiedung der Botschaft konnte bis Ende 2018 nicht erfolgen.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Verordnungsanpassungen im Hinblick auf die operative Betriebsaufnahme der Anstalt compenswiss verabschiedet und das Ausgleichsfondsgesetz in Kraft gesetzt. ***

Am 30. November 2018 hat der Bundesrat alle abschliessenden Vorkehrungen zur Betriebsaufnahme der Anstalt und die nötigen Verordnungsanpassungen per 1. Januar 2019 beschlossen.

- ▶ **Die Botschaft zur Revision des Allgemeinen Teils des Sozialversicherungsrechts (ATSG) ist verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 2. März 2018 verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht «Die Vorsorgesituation von Selbständigerwerbenden analysieren» (in Erfüllung des Po. SGK-N 16.3908) und den Bericht über die Unterbrüche der Erwerbstätigkeit vor Geburtstermin (in Erfüllung des Po. Maury Pasquier 15.3793) verabschiedet. ***

Die Forschungsarbeiten zum Postulat SGK-N 16.3908 sind abgeschlossen. Sie werden Grundlage zum entsprechenden bundesrätlichen Bericht bilden. Der Bundesrat hat am 2. März 2018 den Bericht «Mutterschaftsurlaub, Erwerbsunterbrüche vor der Geburt» in Erfüllung des Postulates Maury Pasquier 15.3793 gutgeheissen. Er kommt darin zum Schluss, dass Erwerbsunterbrüche während der Schwangerschaft finanziell gut abgedeckt sind und deshalb kein Handlungsbedarf für einen über die EO finanzierten pränatalen Mutterschaftsurlaub besteht.

Ziel 5: Förderung der Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen

Realisiert

- ▶ **Der Bundesrat verabschiedet den Bericht zur Behindertenpolitik (in Erfüllung des Po. Lohr 13.4245). ***

Der Bundesrat hat den Bericht am 9. Mai 2018 gutgeheissen.

- ▶ **Der Bundesrat verabschiedet den Bericht über die Umsetzung des Aktionsplans E-Accessibility 2015–2017 und über die barrierefreie Zugänglichkeit von Informationen sowie Kommunikations- und Transaktionsdienstleistungen des Bundes über das Internet.**

Um dem Bundesrat über die Umsetzung des Aktionsplans und den Stand der Barrierefreiheit Bericht zu erstatten, hat das EDI eine externe Evaluation in Auftrag gegeben. Der Bundesrat wurde am 7. Dezember 2018 über die Ergebnisse dieses Berichts informiert.

Ziel 6: Gesellschaftlicher Zusammenhalt und kulturelle Beziehungen

Teilweise realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zum Abkommen zwischen der Schweiz und der EU zur Teilnahme am «Creative Europe»-Programm 2014–2020 nach Möglichkeit verabschiedet. ***

Die Verhandlungen über eine Teilnahme am laufenden Programm 2014–2020 konnten bis Ende 2018 nicht abgeschlossen werden. Nach wie vor gibt es offene Punkte mit der EU, die noch zu regeln sind. U. a. macht die EU eine Teilnahme vom Abschluss eines institutionellen Abkommens abhängig. Eine Teilnahme am aktuellen Programm scheint aufgrund der fortgeschrittenen Zeit nicht mehr realistisch. Eine Teilnahme für die nächste Programmperiode ab 2021 ist zu prüfen und gegebenenfalls ist ein entsprechendes Verhandlungsmandat vorzubereiten. Die Botschaft konnte daher nicht verabschiedet werden.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht zum Po. WBK-N 14.3670 betreffend das Konzept für einen verstärkten Sprach Austausch in der obligatorischen Schule und dessen Finanzierung verabschiedet. Die Umsetzung des Konzepts beginnt.**

Der Bundesrat hat den Bericht am 14. Dezember 2018 gutgeheissen. Die Umsetzung des Konzepts ist im Gang.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht über das Potential der Schweizer Game-Industrie für Kultur, Wissenschaft und Wirtschaft (in Erfüllung des Po. Fehr Jacqueline 15.3114) verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat den Bericht am 21. März 2018 gutgeheissen.

Ziel 7: Förderung der Lohngleichheit zwischen Frau und Mann und Bekämpfung von geschlechtsspezifischer Gewalt

Teilweise realisiert

- ▶ **Das 4. nationale Treffen zur Förderung der Lohngleichheit im öffentlichen Sektor mit den Kantonen und Gemeinden ist durchgeführt.**

Das Treffen wurde auf 2019 verschoben, da für den Inhalt und die Gestaltung der Tagung zuerst das Resultat der laufenden Revision des Gleichstellungsgesetzes vorliegen sollte.

- ▶ **In Absprache mit den Kantonen ist ein Umsetzungskonzept zum Übereinkommen des Europarates zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt erarbeitet.**

Das Umsetzungskonzept wurde erarbeitet und an der Nationalen Konferenz Häusliche Gewalt am 13. November 2018 vorgestellt und publiziert.

Ziel 8: Sicherstellung und Weiterentwicklung der Statistikproduktion

Überwiegend realisiert

- ▶ **Der Bericht «Demografische Entwicklung und Auswirkung auf den Bildungsbereich» (in Erfüllung des Po. WBK-N 12.3657) ist verabschiedet. ***

Der Bericht wurde per Ende 2018 fertiggestellt, konnte aber im Berichtsjahr vom Bundesrat nicht gutgeheissen werden, da ergänzende Analysen und Beschreibungen zusätzliche Zeit in Anspruch nahmen.

- ▶ **Im Rahmen der Weiterentwicklung der Bundesstatistik sind die strategischen Leitlinien für das statistische Mehrjahresprogramm des Bundes 2020–2023 erarbeitet, unter Berücksichtigung allfälliger Vorgaben aus den strukturellen Reformen. Des Weiteren sind zur Umsetzung der Mo. Liberale Fraktion 16.4011 «Digitalisierung. Keine Doppelspurigkeiten bei der Datenerhebung» Massnahmen zur Reduktion der Belastung der Unternehmen durch statistische Erhebungen definiert und mit ihrer Umsetzung wurde begonnen.**

Die verschiedenen Zielsetzungen wurden im Aussprachepapier zum «Statistiksystem Schweiz: Entwicklungsperspektiven» zusammengefasst. Der Bundesrat hat am 20. Juni 2018 eine erste Diskussion geführt und am 27. Juni 2018 entsprechende Aufträge erteilt und Zwischenentscheide getroffen.

Ziel 9: Verbesserung des Zugangs zu Behördendaten

Realisiert

- ▶ **Der Online-Zugang zum Archivgut des Bundes ist entwickelt und wird 2019 freigeschaltet.**

Der Online-Zugang zum Archivgut des Bundes ist entwickelt.

- ▶ **Die Open-Government-Data-Strategie 2019–2022 ist verabschiedet. ***

Die neue Strategie wurde am 30. November 2018 vom Bundesrat verabschiedet.

Ziel 10: Optimierung der Rahmenbedingungen für meteorologische und klimatologische Dienstleistungen

Realisiert

- ▶ **Die revidierte Verordnung über die Meteorologie und Klimatologie ist verabschiedet.**

Der Bundesrat hat am 21. November 2018 die Totalrevision der Verordnung über die Meteorologie und Klimatologie verabschiedet und auf den 1. Januar 2019 in Kraft gesetzt.

Justiz- und Polizeidepartement

Ziel 1: Migration und Integration

Realisiert

- ▶ **Die Umsetzungsarbeiten für die Beschleunigung der Asylverfahren (Verabschiedung der Verordnungen; Realisierung der Konzepte gemäss Planung) sind im Gange. ***

Mit Entscheid vom 8. Juni 2018 hat der Bundesrat das letzte von drei Paketen zur Umsetzung der Asylverfahren verabschiedet, dies u.a. mit detaillierten Bestimmungen zum Verfahren und zum Rechtsschutz. Die Verordnungen werden am 1. März 2019 in Kraft treten. So werden alle neuen Asylgesuche im Rahmen von raschen und fairen Asylverfahren behandelt.

- ▶ **Die Ausführungsbestimmungen zur Änderung des Ausländergesetzes vom 16. Dezember 2016 (Steuerung der Zuwanderung und Vollzugsverbesserungen bei den Freizügigkeitsabkommen) sind in Kraft gesetzt und die entsprechenden Verordnungen verabschiedet. ***

Am 8. Dezember 2017 hat der Bundesrat die Ergebnisse der Vernehmlassung zur Umsetzung des Verfassungsartikels zur Steuerung der Zuwanderung (Art. 121a BV) zur Kenntnis genommen und die Verordnungsänderungen verabschiedet. Aufgrund der Resultate der Vernehmlassung zur Verordnung hat sich der Bundesrat für ein gestaffeltes Vorgehen entschieden: Ab dem 1. Juli 2018 gilt ein Schwellenwert von 8 Prozent und ab dem 1. Januar 2020 ein Schwellenwert von 5 Prozent.

- ▶ **Die Änderung des Ausländergesetzes AuG (Integration) ist mit zwei gestaffelten Umsetzungspaketen in Kraft gesetzt und die entsprechenden Verordnungen verabschiedet. ***

Die Inkraftsetzung der zwei gestaffelten Umsetzungspakete ist gemäss den Bundesratsbeschlüssen vom 15. November 2017 und vom 15. August 2018 erfolgt: das erste Paket am 1. Januar 2018 (Beschluss vom 15. November 2017) und das zweite Paket am 1. Januar 2019 (Beschluss vom 15. August 2018).

- ▶ **Die Schweiz hat sich auf europäischer Ebene für eine konsequente Durchsetzung von Schengen/Dublin und für einen solidarischen Schlüssel zur innereuropäischen Verteilung von schutzbedürftigen Personen eingesetzt.**

Im Rahmen des Relocation-Programms hat die Schweiz insgesamt 1500 Asylsuchende aus Italien und Griechenland übernommen. Dank dieses Einsatzes konnte sie sich auf europäischer Ebene aber auch bilateral glaubwürdig für eine fairere Verteilung der Verantwortung im Dublin-Raum einsetzen. Die Schweiz unterstützt daneben ein Projekt in Italien und zwei Projekte in Griechenland in den Bereichen Asyl und Rückkehr. Mehrere bi- und multilaterale Treffen, u.a. mit Deutschland, Italien, Norwegen und Österreich haben stattgefunden.

- ▶ **Die Aufnahme und Integration weiterer 2000 Personen im Rahmen des Resettlement-Programmes gemäss Entscheid des Bundesrates ist plangemäss umgesetzt und der Entscheid des Bundesrates über die langfristige Ausrichtung der Aufnahme von Flüchtlingsgruppen liegt vor.**

Per 31. Dezember 2018 sind 1594 Personen eingereist, davon 996 im Jahr 2018.

- ▶ **Die Integrationsagenda Schweiz und eine entsprechende Umsetzungsplanung sind in Zusammenarbeit mit den Kantonen ausgearbeitet und verabschiedet.**

Die Integrationsagenda wurde am 23. März 2018 von der Konferenz der Kantonsregierungen und am 25. April 2018 vom Bundesrat genehmigt. Die Umsetzungsarbeiten sind gemäss der gemeinsamen Planung von Bund und Kantonen auf Kurs.

Ziel 2: Sicherheit und Bekämpfung der Kriminalität

Teilweise realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsergebnis betreffend den Vorentwurf zum Bundesgesetz über Vorläuferstoffe für Explosivstoffe zur Kenntnis genommen und das weitere Vorgehen festgelegt. ***

Der Bundesrat hat am 30. November 2018 vom Vernehmlassungsergebnis Kenntnis genommen und das EJPD beauftragt, eine Botschaft auszuarbeiten.

- ▶ **Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsergebnis über das weitere Vorgehen betreffend ein Bundesgesetz über polizeiliche Massnahmen zur Bekämpfung von Terrorismus (PMT) zur Kenntnis genommen und das weitere Vorgehen festgelegt. ***

Die Botschaft konnte nicht mehr im Berichtsjahr verabschiedet werden. Die Auswertung der zahlreichen Stellungnahmen und Rückmeldungen aus der Vernehmlassung beansprucht mehr Zeit als vorgesehen. Zudem besteht ein erhöhter Koordinationsbedarf mit anderen Gesetzgebungsprojekten.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Umsetzung der angepassten EU-Waffenrichtlinie (Erweiterung des Schengenbesitzstandes) verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 2. März 2018 verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Genehmigung und Umsetzung des Übereinkommens des Europarates zur Verhütung des Terrorismus mit dem dazugehörigen Zusatzprotokoll und Verstärkung des strafrechtlichen Instrumentariums gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 14. September 2018 verabschiedet.

- ▶ **Die Botschaft zur Revision der Strafprozessordnung ist vom Bundesrat verabschiedet.**

Die Botschaft konnte im Berichtsjahr nicht verabschiedet werden. Die zeitliche Verzögerung ist auf die aufwendige Auswertung der komplexen Vernehmlassungsergebnisse sowie auf die Bearbeitung neuer, die Revision der Strafprozessordnung betreffender parlamentarischer Vorstösse zurückzuführen.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Harmonisierung der Strafraumen und zur Anpassung des Nebenstrafrechts an das geänderte Sanktionenrecht verabschiedet.**

Der Bundesrat hat die Botschaft am 25. April 2018 verabschiedet.

Ziel 3:

Internationale Zusammenarbeit im Justiz- und Polizeibereich

Teilweise realisiert

- ▶ **Die Vernehmlassung zu den Abkommen mit der EU betreffend die Beteiligung an der Prümmer Zusammenarbeit und Zugang der Schweizer Strafverfolgungsbehörden auf Eurodac sowie zum Abkommen mit den USA zum Austausch von Fingerabdruck- und DNA-Daten zur Bekämpfung von Schwerkriminalität («Preventing and Combating Serious Crime» PCSC) ist eröffnet.**

Der Bundesrat hat am 7. Dezember 2018 die Unterzeichnung der Abkommen Prüm und Eurodac gutgeheissen. Die Vernehmlassung konnte noch nicht eröffnet werden, da sich die Unterzeichnung der Abkommen mit der EU verzögert hat.

- ▶ **Der Bundesrat hat das weitere Vorgehen bezüglich der Nutzung von Flugpassagierdaten (Passenger Name Records PNR) zur Bekämpfung der schweren Kriminalität und des Terrorismus festgelegt.**

Die EU-Staaten hatten bis Mai 2018 Zeit, die Richtlinie, welche die Nutzung von Passenger Name Records zur Bekämpfung des Terrorismus und der schweren Kriminalität vorsieht, umzusetzen. Zuerst sollen weitere Erfahrungen aus der Umsetzung der EU-PNR-Richtlinie in den EU-Staaten gesammelt werden, weshalb der Bundesrat noch keinen Grundsatzentscheid getroffen hat.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zum Übereinkommen des Europarates über einen integralen Sicherheits-, Gefahrenabwehr- und Dienstleistungsansatz für Fussballspiele und andere Sportveranstaltungen (SEV 218) verabschiedet.**

Der Bundesrat hat die Botschaft am 20. Juni 2018 verabschiedet.

- ▶ **Die der Schweiz notifizierte Weiterentwicklungen des Schengen- und Dublin-Besitzstandes sind fristgerecht übernommen und umgesetzt oder die EU hat eine allfällige Fristüberschreitung akzeptiert.**

Die EU hat der Schweiz 2018 insgesamt 38 Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands notifiziert, von denen eine auch gleichzeitig eine Weiterentwicklung des Dublin-Besitzstands ist. Die Notifikation der entsprechenden Beschlüsse an die EU erfolgte ausnahmslos rechtzeitig. 32 der 38 Schengen-Weiterentwicklungen hatten Bagatelldimensionen, so dass deren Übernahme vom Bundesrat bzw. vom sachzuständigen Departement selbständig beschlossen werden konnte; nur in einem dieser 32 Fälle war eine punktuelle Umsetzung auf Verordnungsebene erforderlich (Aktualisierung eines Verweises). Lediglich für die Übernahme und Umsetzung von insgesamt sechs Weiterentwicklungen bedarf es der Zustimmung des Parlaments, weshalb der Bundesrat die entsprechenden Notenaustausche jeweils unter Vorbehalt der «Erfüllung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen» vorgenommen hat. Die entsprechenden Verfahren sind auf Kurs: Die Botschaft zur Genehmigung und Umsetzung der Rechtsgrundlagen zum Einreise-/Ausreisensystem (EES) wurde am 21. November 2018 dem Parlament überwiesen (Verordnungen [EU] 2017/2225 und [EU] 2017/2226). Die übrigen Verfahren sind weniger weit gediehen. Die beiden Vernehmlassungen zur Übernahme und Umsetzung der ETIAS-Verordnung (Verordnung [EU] 2018/1240) bzw. der neuen Rechtsgrundlagen zum SIS (Verordnungen [EU] 2018/1860 [EU] 2018/1861 und [EU] 2018/1862) konnten im Berichtsjahr nicht eröffnet werden.

- **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Genehmigung und Ratifikation des Protokolls zur Änderung des Zusatzprotokolls zum Übereinkommen über die Überstellung verurteilter Personen verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 23. Mai 2018 verabschiedet.

Ziel 4: Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Überwiegend realisiert

- **Der Bundesrat hat die Botschaft zu einer Revision des Zivilgesetzbuches (Erbrecht Teil I) verabschiedet.**

Der Bundesrat hat die Botschaft am 29. August 2018 verabschiedet.

- **Der Bundesrat hat die Zusatzbotschaft zur Teilrevision des Obligationenrechts (Verbesserung des Arbeitnehmerschutzes bei Meldung von Unregelmässigkeiten am Arbeitsplatz) verabschiedet.**

Der Bundesrat hat die Zusatzbotschaft am 21. September 2018 verabschiedet.

- **Der Bundesrat hat die Botschaft zu einer Änderung des Bundesgesetzes über Schuldbetreibung und Konkurs (SchKG; Missbrauch des Konkursverfahrens verhindern) verabschiedet.**

Die Botschaft konnte nicht im Berichtsjahr verabschiedet werden. Aufgrund der kritischen Rückmeldungen in der Vernehmlassung mussten diverse alternative Lösungsansätze geprüft werden.

- **Der Bundesrat hat die Botschaft zu einer Änderung des Bundesgesetzes über das internationale Privatrecht (internationale Schiedsgerichtsbarkeit) verabschiedet.**

Der Bundesrat hat die Botschaft am 24. Oktober 2018 verabschiedet.

- **Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsergebnis zu einer Änderung des Bundesgesetzes über das internationale Privatrecht (internationales Erbrecht) zur Kenntnis genommen und das weitere Vorgehen festgelegt.**

Die Vernehmlassung wurde 2018 durchgeführt. Angesichts des positiven Ergebnisses kann auf eine separate Kenntnisnahme des Vernehmlassungsberichts durch den Bundesrat verzichtet werden, und der Bericht wird zusammen mit der Botschaft veröffentlicht werden.

Ziel 5: Staatliche Institutionen

Nicht realisiert

- **Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsergebnis zu einer Revision der Zivilprozessordnung zur Kenntnis genommen und das weitere Vorgehen festgelegt.**

Der Bericht über die Vernehmlassungsergebnisse konnte im Berichtsjahr dem Bundesrat nicht vorgelegt werden. Umfang und Heterogenität der Vernehmlassungsergebnisse haben zu diesen Verzögerungen geführt. Auf eine separate Kenntnisnahme des Vernehmlassungsberichts durch den Bundesrat wird verzichtet, und der Bericht wird zusammen mit der Botschaft veröffentlicht werden.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zu einer gesetzlichen Grundlage für die Errichtung einer nationalen Menschenrechtsinstitution verabschiedet. ***

Aufgrund des Vernehmlassungsergebnisses wird vom EDA ein neues Modell, welches auch den kritischen Stimmen Rechnung trägt, geprüft. Die Botschaft zum Gesetzesentwurf konnte daher noch nicht erarbeitet werden.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zu einer Revision des Öffentlichkeitsgesetzes (BGÖ) verabschiedet.**

Ende 2017 wurde entschieden, zur Sicherstellung einer kohärenten Vorlage verschiedene Entwicklungen abzuwarten, insbesondere die Resultate des Pilotprojekts des Eidg. Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragten zum Mediationsverfahren und die Ergebnisse verschiedener Revisionen (Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungsverfahren, Eisenbahninfrastruktur). Auf der Grundlage der nun vorliegenden Ergebnisse wird entschieden, ob die Teilrevision weiterzuverfolgen ist.

Ziel 6: Wirtschaftsstandort Schweiz

Realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zu einem Bundesgesetz über anerkannte elektronische Identifizierungseinheiten (E-ID-Gesetz) verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 1. Juni 2018 verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Zeitpunkt des Inkrafttretens des Bundesgesetzes über Geldspiele festgelegt und die entsprechende Verordnung verabschiedet.**

Der Bundesrat hat am 7. November 2018 das neue Geldspielgesetz und die dazugehörigen Verordnungen auf den 1. Januar 2019 in Kraft gesetzt.

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

Ziel 1: Weiterentwicklung der Armee (WEA) sowie Projekte/Vorhaben im Bereich Verteidigung

Überwiegend realisiert

- ▶ **Die neue Aufbau- und Ablauforganisation ist eingeführt. Die geplanten Verbände sind gebildet. Die Anforderungen für Leistungen in Einsätzen und Ausbildung sind festgelegt.**

Die neuen Strukturen und Prozesse sind operationell. Die Verbände sind gebildet. Während der fünfjährigen Umsetzungsfrist der WEA sollen Alimentierungslücken schrittweise geschlossen und Über- und Unterbestände der Formationen ausgeglichen werden. Leistungsstandards für Einsätze und Ausbildung sind festgelegt.

- ▶ **Mobilmachungsübungen zur Umsetzung des Bereitschaftsmodells haben stattgefunden. Die ersten Lehren sind ausgewertet, und die Ableitung der Massnahmen für das Jahr 2019 ist erfolgt.**

Die Übungen haben, primär mit den Milizformationen mit hoher Bereitschaft, stattgefunden. Eine erste Überprüfung der Umsetzung der WEA anhand der Standbilder 2018–2022 wurde vorgenommen. Erkannte Verbesserungsmassnahmen wurden festgehalten und zur Umsetzung beauftragt.

- ▶ **Ein stufengerechtes Umsetzungscontrolling der WEA ist operationell.**

Das Umsetzungscontrolling in Form der WEA Standbilder 2018–2022 ist operationell.

- ▶ **Programm Führungsinfrastruktur, Informationstechnologie und Anbindung an die Netzinfrastruktur der Armee (FITANIA): Projekt Rechenzentren VBS/Bund: Der Rohbau des Rechenzentrums CAMPUS in Frauenfeld ist erstellt.**

Die Umsetzung erfolgt planmässig. Der Rohbau des Rechenzentrums CAMPUS in Frauenfeld ist erstellt.

- ▶ **Programm FITANIA-Projekt Führungsnetz Schweiz: Die weitere Härtung Backbone, Etappe 2 sowie die Anbindung von Nutzerstandorten sind erfolgt.**

Die Härtung des Backbones sowie die Anbindung von Nutzerstandorten verliefen nach Plan.

- ▶ **Programm FITANIA-Projekt Telekommunikation der Armee: Die Beschaffungsvorbereitung für die Realisierung der dritten Etappe ist sichergestellt.**

Die Vorbereitungsarbeiten für die kommenden Beschaffungsschritte verliefen nach Plan. Aufgrund der Neuplanung der Beschaffungen gab es zeitliche Verschiebungen sowie inhaltliche und mengenmässige Anpassungen im Projekt.

- ▶ **Die Umsetzung der Cyber Strategie VBS ist planmässig sichergestellt.**

Die strategischen Steuerungsinstrumente des VBS für den Bereich Cyber Defence haben ihre Grundbereitschaft erreicht und werden laufend verbessert.

- ▶ **Die Verordnung über die militärische Cyberabwehr ist durch den Bundesrat verabschiedet. ***

Die Verordnung über die militärische Cyberabwehr wurde durch den Bundesrat noch nicht verabschiedet. Sie erfährt eine zeitliche Verzögerung von wenigen Wochen, weil die Abstimmungen mit allen betroffenen Stellen aufwändiger waren als geplant.

Ziel 2: Beschaffungsmanagement VBS und Immobilien

Realisiert

- ▶ **Optimierung Beschaffungsprozesse (OBP): Die Umsetzung im Bereich Verteidigung ist abgeschlossen. Die Planung für eine vollumfänglich gesetzeskonforme Beschaffung in allen Verwaltungseinheiten des VBS liegt vor.**

Das Projekt ist abgeschlossen. Optimierungsmassnahmen finden mit Schulungen der Bedarfskoordinatoren statt. Das Kunden- und Auftragsmanagement armasuisse ist weiter ausgebaut.

- ▶ **Die aktualisierte Rüstungspolitik ist durch den Bundesrat verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die aktualisierten Grundsätze für die Rüstungspolitik am 24. Oktober 2018 verabschiedet.

- ▶ **Stationierungskonzept der Armee: die Umsetzung von Vorhaben zur Konzentration von Standorten und damit die Überführung von überzähligen Infrastrukturen vom Kernbestand in den Dispositionsbestand der Armee ist gestartet.**

Die Konzentration von Standorten und damit die Überführung von überzähligen Infrastrukturen vom Kernbestand in den Dispositionsbestand findet statt.

Ziel 3: Sicherheitspolitik / Sicherheitsverbund Schweiz (SVS)

Realisiert

- ▶ **Die Meilensteine und Leitplanken für die Sicherheitsverbundsübung 2019 (SVU 19) sind gemäss Detailkonzept gesetzt. Die erforderlichen Überprüfungen des Konzeptes sind durchgeführt, Lücken erkannt und notwendige Korrekturen in die Wege geleitet. Die Übungsunterlagen sind erstellt.**

Die Vorbereitungen zur Übung sind gemäss Planung erfolgt. Die bereits erarbeiteten Lageberichte 1 und 2 sind im April und September 2018 erschienen. Sie werden von der Kerngruppe Sicherheit, der Polizei und dem Bevölkerungsschutz (Bund und Kantone) sowie von der Armee dazu genutzt, den Koordinationsbedarf im Hinblick auf eine länger andauernde Terrorlage zu ermitteln und Schnittstellen zu bereinigen. Die Ergebnisse wurden im Übungsteil der Elektronischen Lagedarstellung ELD aufgeschaltet.

Ziel 4: Bevölkerungsschutz und Zivilschutz

Überwiegend realisiert

- ▶ **Die Botschaft zur Revision des Bundesgesetzes über Bevölkerungsschutz und Zivilschutz (BZG) ist durch den Bundesrat verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft zur Totalrevision des Bevölkerungs- und Zivilschutzgesetzes (BZG) am 21. November 2018 verabschiedet.

- ▶ **Die Botschaft für ein sicheres Datenverbundnetz (SDVN) mit Datenzugangssystem Polydata und Ablösung Vulpus ist durch den Bundesrat verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft zu einem Verpflichtungskredit für ein nationales sicheres Datenverbundsystem am 21. November 2018 verabschiedet.

- ▶ **Die ABCN-Einsatzverordnung ist durch den Bundesrat verabschiedet und in Kraft gesetzt.**

Der Bundesrat hat die totalrevidierte Verordnung über den Bundesstab Bevölkerungsschutz (vormals ABCN-Einsatzverordnung) am 2. März 2018 verabschiedet und auf den 1. April 2018 in Kraft gesetzt.

- ▶ **Der Technologiewechsel für die nationalen Komponenten des Sicherheitsfunksystems Polycom 2030 ist abgeschlossen.**

Der Bundesrat hat am 20. Juni 2018 die zweite Etappe der Verpflichtungskredite des IKT-Schlüsselprojekts Werterhalt Polycom 2030 freigegeben. Der Abschluss des Technologiewechsels verzögert sich um ein Jahr. Am 30. Oktober 2018 sind die neuen Meilensteine und Lieferobjekte mit der beauftragten Firma vertraglich fixiert worden.

- ▶ **Der Bundesrat hat das weitere Vorgehen des Lageverbunds Schweiz beschlossen.**

Der Bundesrat hat am 15. August 2018 beschlossen, das Lageverbundsystem in die Botschaft zum nationalen sicheren Datenverbundsystem zu integrieren.

- ▶ **Der Bundesrat hat das weitere Vorgehen des Pilotprojekts drahtlose Breitbandkommunikation beschlossen.**

Der Bundesrat hatte am 1. Dezember 2017 beschlossen, dass ihm im 1. Quartal 2019 ein Aussprachepapier zum Pilotprojekt drahtlose Breitbandkommunikation zu unterbreiten ist. Das Aussprachepapier ist vorbereitet.

Ziel 5: Sportförderung und Rechtsgrundlagen im Bereich Sport

Überwiegend realisiert

- ▶ **Die Konzepte zum Ersatz der Nationalen Datenbank Sport (NDS) liegen vor, und die Realisierungsphase ist eingeleitet.**

Die Konzepte liegen vor. Gegen den WTO Vergabeentscheid wurde Beschwerde eingereicht. Diese wurde im Oktober 2018 abgewiesen. Als Folge des Beschwerdeverfahrens erfährt das Projekt eine noch unbestimmte Verzögerung.

- ▶ **Die Botschaft Olympische Winterspiele 2026 in der Schweiz ist durch den Bundesrat verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 23. Mai 2018 verabschiedet. Am 10. Juni 2018 hat die Walliser Bevölkerung eine Unterstützung des Projekts «Sion 2026» jedoch abgelehnt. Swiss Olympic hat danach das Unterstützungsgesuch beim Bund zurückgezogen.

Ziel 6: Landesvermessung

Realisiert

- ▶ **Der Werterhalt und die Weiterentwicklung der Bundes Geodaten-Infrastruktur (BGDI) und des dazugehörigen Geoportals (map.geo.admin.ch) sind sichergestellt. Die Automatisierung des Nachführungsprozesses ist für neue Datenintegrationen operationell.**

Der Werterhalt und die Weiterentwicklung sind sichergestellt und die Automatisierung des Nachführungsprozesses ist für neue Datenintegrationen operationell. Der Bundesrat hat am 8. Juni 2018 die Weiterführung der Finanzierung des Betriebs über zentrale IKT-Mittel bis Ende 2025 bewilligt.

- ▶ **Die Installationen für die begleitenden Experimente während dem Ausbruch des neuen Forschungstunnels im Felslabor Mont Terri zur Erforschung der Endlagerung radioaktiver Abfälle sind abgeschlossen.**

Die Installationen für die begleitenden Experimente wurden planmässig abgeschlossen. Am 12. März 2018 konnte der Spatenstich zur Erweiterung des Felslabors Mt. Terri erfolgen.

Finanzdepartement

Ziel 1: **Der Bund hält seinen Haushalt im Gleichgewicht und garantiert effiziente staatliche Leistungen**

Überwiegend realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zum Wirksamkeitsbericht 2016–2019 betreffend die Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung (NFA) durchgeführt und die Botschaft zur Festlegung des Ressourcen- und Lastenausgleichs zwischen Bund und Kantonen für die Beitragsperiode 2020–2023 verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Vernehmlassung vom 9. März bis 30. Juni 2018 durchgeführt und die Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über den Finanz- und Lastenausgleich (FiLaG) am 28. September 2018 verabschiedet. Der Bundesrat schlägt in seiner Botschaft einen Systemwechsel beim Finanzausgleich vor. Künftig soll das Parlament nicht mehr alle vier Jahre die Grundbeiträge im Ressourcen- und Lastenausgleich festlegen. Die Höhe der jeweiligen Dotation wird neu aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen determiniert. Deshalb schlägt der Bundesrat eine Teilrevision des FiLaG vor.

- ▶ **Der Bundesrat hat eine Aussprache geführt zur Aufgabenteilung Bund – Kantone und entschieden, ob er das Projekt Aufgabentrennung in Angriff nehmen und mit den Kantonen ein Mandat für die Projektorganisation aushandeln will. Ausserdem hat er den Bericht «Aufgabentrennung zwischen Bund und Kantonen» (in Erfüllung einer Mo. der FK-N 13.3363) verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat den Bericht «Aufgabentrennung zwischen Bund und Kantonen» (in Erfüllung einer Mo. der FK-N 13.3363) wie geplant am 28. September 2018 gutgeheissen. Dieser Bericht zeigt u.a. ein gewisses Entflechtungspotenzial bei den Verbundaufgaben auf. Der Bundesrat hat indessen noch nicht entschieden, ob er ein solches Projekt angehen will. Er hat das EFD beauftragt, mit der KdK das weitere Vorgehen zu diskutieren.

- ▶ **Der Bundesrat hat in mehreren Schritten über ein Massnahmenpaket mit strukturellen Reformen entschieden. ***

Der Bundesrat wurde am 9. März bzw. am 9. Mai 2018 über einzelne Teilprojekte der Strukturellen Reformen informiert und hat am 1. Juni 2018 das weitere Vorgehen betreffend das Bundesamt für Wohnungswesen festgelegt. Am 29. August 2018 hat er vom Stand der Vertiefungsaufträge jedes Departements Kenntnis genommen und ein Paket von strukturellen Reformen verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Revision des Bundesgesetzes über die Währung und Zahlungsmittel (Aufhebung der Rücknahmefrist für Banknoten) verabschiedet.***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 21. Februar 2018 verabschiedet.

- **Der Bundesrat hat die Strategie «Enterprise Resource Planning-IKT 2023» und die Botschaft zur Umsetzung (Programm SUPERB23) verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat am 1. Juni 2018 von der Strategie «ERP-IKT 2023» Kenntnis genommen und weitere Abklärungen für die Erarbeitung der Botschaft in Auftrag gegeben. So u.a. das Aufzeigen von Umsetzungsvarianten zu den geplanten Modernisierungen, wie die verschiedenen Supportprozesse im Einzelnen und welche Fachanwendungen betroffen sind. Aufgrund der in Auftrag gegebenen Konkretisierungen hat der Bundesrat die Botschaft nicht im Berichtsjahr verabschiedet.

- **Der Bundesrat hat die IKT-Sourcing-Strategie des Bundes verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die IKT-Sourcing-Strategie 2018–2023 am 9. März 2018 verabschiedet.

- **Der Bundesrat hat die Strategie «Hybrid-Cloud des Bundes» verabschiedet. ***

Die Analyse-Phase der Strategie «Hybrid-Cloud des Bundes» ist abgeschlossen. Der Bundesrat hat die Strategie nicht im Berichtsjahr verabschiedet, weil aus der Analyse-Phase hervorging, dass die IKT-Strategien und -Architekturen einzelner Departemente sowie die Migrationsplanungen betreffend das neue Rechenzentrum in Frauenfeld stärker abzustimmen sind. Dies machte eine inhaltliche und terminliche Neuplanung notwendig.

- **Der Bundesrat hat das Programm «Konsolidierung der IKT für die Webauftritte Bund» verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Programmfinanzierung und das Marktmodell für den IKT-Standarddienst Webauftritte am 16. März 2018 gutgeheissen.

- **Eine Situationsanalyse sowie Massnahmen zur Sicherstellung eines konsistenten Stelleneinreihungsgefüges in der Bundesverwaltung sind dem Bundesrat unterbreitet worden.**

Der Bundesrat hat am 20. Juni 2018 eine Situationsanalyse zur Kenntnis genommen und die zu treffenden Massnahmen festgelegt. Am 24. Oktober 2018 hat er die entsprechende Revision der Bundespersonalverordnung und der Rahmenverordnung zum Bundespersonalgesetz gutgeheissen.

- **Der eingehende Einzahlungsschein mit QR-Code kann bundesweit verarbeitet werden. Ein Konzept zum ausgehenden Einzahlungsschein mit QR-Code ist erstellt.**

Das Einlesen der eingehenden QR-Rechnung kann bis Ende 2018 nicht realisiert werden. Die schweizerischen Finanzdienstleister haben bei der Einführung der QR-Rechnung Verzögerungen. Bundesintern wurde das fachliche Konzept zum eingehenden Einzahlungsschein mit QR-Code erstellt. Man ist bereit für die Realisierung, sobald die technischen Definitionen auf Stufe Finanzplatz Schweiz vorliegen. Aufgrund der bestehenden äusseren Rahmenbedingungen konnte das Konzept zum ausgehenden Einzahlungsschein mit QR-Code nicht im Berichtsjahr erstellt werden.

Ziel 2:

Die Schweiz sorgt für bestmögliche wirtschaftliche Rahmenbedingungen im Inland und unterstützt so ihre Wettbewerbsfähigkeit

Überwiegend realisiert

► **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Steuervorlage 2017 verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat am 21. März 2018 Kenntnis genommen vom Vernehmlassungsergebnis und die Botschaft zur Steuervorlage 2017 verabschiedet.

► **Der Bundesrat hat über das weitere Vorgehen bei der Reform der Ehepaarbesteuerung entschieden. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (ausgewogene Paar- und Familienbesteuerung) am 21. März 2018 verabschiedet.

► **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Reform des Einlagensicherungssystems durchgeführt und die entsprechende Botschaft zur Änderung des Bankengesetzes verabschiedet. ***

Die Arbeiten an der Vorlage haben sich insbesondere bei den materiellen Vorgaben zur Verkürzung der Auszahlungsfrist für die Einlagen als aufwändiger herausgestellt als geplant. Zusätzlich mussten die durch das Parlament im Sommer 2018 aus der FIDLEG/FINIG-Vorlage herausgelösten Insolvenzbestimmungen für Banken überarbeitet und in die Vorlage integriert werden. Der Bundesrat wurde am 10. Oktober 2018 über diese Gründe, welche dazu führen, dass die Vernehmlassung nicht im Berichtsjahr eröffnet werden konnte, informiert.

► **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung durchgeführt zu einer Revision des Versicherungsaufsichtsgesetzes (VAG) und die Botschaft verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zum Versicherungsaufsichtsgesetz erst am 14. November 2018 eröffnet. Dies aus zwei Gründen: Erstens förderten die vorbereitenden technischen Gespräche zwischen den Behörden, den Versicherungsunternehmen und den Versicherungsvermittlern eine grössere Zahl von Fragestellungen als prognostiziert zu Tage. Zweitens erforderte das Abkoppeln der Verhaltensregeln für die Versicherungsbranche aus dem FIDLEG (Schlussabstimmung in den Eidg. Räten am 15. Juni 2018) und die Überführung in die vorliegende Teilrevision des VAG eine zeitliche Neuplanung des Geschäfts. Die Botschaft konnte deshalb nicht im Berichtsjahr vorgelegt werden.

► **Der Bundesrat hat weitere bilaterale Vereinbarungen mit Partnerstaaten zum automatischen Informationsaustausch (AIA) in Steuersachen abgeschlossen, sofern dies mit seiner Strategie für einen integren und wettbewerbsfähigen Finanzplatz im Einklang steht, und die entsprechenden Botschaften verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat am 9. Mai 2018 die Botschaft zur Einführung des automatischen Informationsaustauschs über Finanzkonten mit Singapur und Hongkong ab 2018/2019 und mit weiteren Partnerstaaten ab 2019/2020 verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat mindestens drei neue Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) bzw. drei Änderungsprotokolle zu bestehenden DBA unterzeichnet. ***

Im Berichtsjahr wurden zwei DBA, jene mit Saudi-Arabien und Brasilien, unterzeichnet. Die Unterzeichnung der Abkommen hängt von der entsprechenden Bereitschaft der Partnerstaaten zur Unterzeichnung ab. Der Bundesrat hat 2018 die Unterzeichnung von vier weiteren DBA bzw. Änderungsprotokollen genehmigt. Die Partnerstaaten waren jedoch im Berichtsjahr noch nicht zur Unterzeichnung bereit.

- ▶ **Die Verständigungsverfahren nach den Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) werden gemäss Vorgaben des dafür zuständigen internationalen Gremiums geführt (Prozesse sind definiert und implementiert).**

Die Verständigungsverfahren werden gemäss Vorgaben geführt.

- ▶ **Die Äquivalenzverfahren mit der EU betreffend das grenzüberschreitende Geschäft für professionelle Anleger, die Derivateregulierung und Zentralverwahrer sowie die Ausdehnung des EU-Passes für alternative Fonds auf die Schweiz laufen.**

Betreffend das grenzüberschreitende Geschäft für professionelle Anleger, die Derivateregulierung und die Ausdehnung des EU-Passes für alternative Fonds hat die EU-Kommission 2018 die Arbeiten mit der Schweiz nicht weitergeführt.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Revision des Verrechnungssteuergesetzes (VStG) betreffend Verwirkung der Rückerstattung der Verrechnungssteuer verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 28. März 2018 verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Revision des Bundesgesetzes über die direkte Bundessteuer (DBG) betreffend die Berechnung des Beteiligungsabzuges bei «Too-big-to-fail»-Instrumenten verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 14. Februar 2018 verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht «KMU-taugliche Umsetzung des Bauproduktengesetzes» (in Erfüllung des Po. Fässler 15.3937) verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat den Bericht am 9. März 2018 gutgeheissen.

- ▶ **Der Bundesrat hat einen Bericht zur Neubeurteilung der Lage der Schweizer Rohstoffbranche verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat den Bericht «Rohstoffsektor Schweiz: Standortbestimmung und Perspektiven» am 30. November 2018 angenommen.

Ziel 3: Die Schweiz sorgt für gute Rahmenbedingungen, damit die Digitalisierung zur Sicherung und zum Ausbau des Wohlstandes beitragen kann

Realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat über seine Eckwerte für die nächste E-Government Strategie Schweiz entschieden. ***

Der Bundesrat hat die Eckwerte am 14. November 2018 gutgeheissen.

- **Der Bundesrat hat den Bericht zur Förderung der Digitalisierung in der Regulierung (in Erfüllung des Po. Landolt Martin 16.3256) verabschiedet. Ausserdem hat er über weitere allfällige Massnahmen im Bereich digitale Finanztechnologien («FinTech») eine Aussprache geführt und allfällige weitere Handlungsfelder abgesteckt. ***

Der Bundesrat hat den Bericht zur Förderung der Digitalisierung in der Regulierung am 27. Juni 2018 gutgeheissen. Im Bereich digitale Finanztechnologien hat der Bundesrat, anstelle einer Aussprache, am 7. Dezember 2018 einen Bericht zu den rechtlichen Rahmenbedingungen für Blockchain und Distributed-Ledger-Technologie (DLT) im Finanzsektor gutgeheissen. Er hat das EFD und das EJPD beauftragt, eine Vernehmlassungsvorlage zur Umsetzung des im Bericht identifizierten Handlungsbedarfs zu erarbeiten.

- **Der Bundesrat hat den Bericht «Eine Prospektivstudie über die Auswirkungen der Robotisierung in der Wirtschaft auf das Steuerwesen und auf die Finanzierung der Sozialversicherungen» (in Erfüllung des Po. Schwaab 17.3045) verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat den Bericht am 7. Dezember 2018 gutgeheissen.

Ziel 4: Die Schweiz leistet ihren Beitrag zu einer tragfähigen Weltwirtschaftsordnung und sichert der Schweizer Wirtschaft den Zugang zu internationalen Märkten

Überwiegend realisiert

- **Der Bundesrat hat über Vereinbarungen mit ausgewählten Partnerländern betreffend den Marktzugangsbedingungen im Auslandgeschäft für Finanzdienstleister entschieden. ***

Mit Frankreich und Italien konnten die Gespräche weitergeführt werden. Mit Grossbritannien konnten in den Gesprächen zu Finanzfragen im Rahmen der «Mind-the-Gap»-Strategie des Bundesrates Fortschritte erzielt werden.

- **Der Bundesrat ist über die weitere Vertiefung der Finanzbeziehungen zu Grossbritannien informiert worden, und die Eckwerte für die Strategie zur Vermeidung von Rechtslücken nach dem BREXIT sind erarbeitet. Ausserdem ist ein Verständnis über die Weiterführung der bestehenden sowie allenfalls neue Regelungen für das Finanzgeschäft aus der Schweiz in Grossbritannien oder zumindest eine Übergangslösung erreicht.**

Mit dem Vereinigten Königreich wurde ein regelmässiger Austausch zu den bilateralen Finanzbeziehungen etabliert, um die Vermeidung von Rechtslücken wie auch eine weitere Vertiefung der Finanzbeziehungen thematisieren zu können. Im Rahmen der «Mind-the-Gap»-Strategie wurden Nachfolgelösungen zum Direktversicherungsabkommen Schweiz - EU und zu den von der EU erteilten Äquivalenzbeschlüssen erarbeitet. Das Vereinigte Königreich bestätigte darüber hinaus das gemeinsame Verständnis zur Weiterführung des automatischen Informationsaustauschs (AIA) auf Basis bestehender multilateraler Abkommen. Der Bundesrat wurde über diese Entwicklung orientiert.

- ▶ **Die Schweiz hat an den Treffen der Finanzminister und Notenbanken der G20 unter dem Vorsitz Argentiniens teilgenommen. Sie hat aktiv auf eine erneute Teilnahme 2019 hingearbeitet.**

Die Schweiz hat an den Finanzministertreffen der G20 sowie an den weiteren Treffen und Arbeitsgruppen im Rahmen des G20-Finance Track unter argentinischem Vorsitz aktiv teilgenommen und wurde zur Teilnahme am Finance Track unter japanischem Vorsitz 2019 eingeladen.

- ▶ **Der Bundesrat ist im Rahmen des geltenden Mandates über die Konkretisierung und Schwerpunktsetzung hinsichtlich der Aufgaben der Koordinationsgruppe zur Geldwäschereibekämpfung (KGGT) informiert worden und hat eine sektorielle Risikoanalyse zur Kenntnis genommen.**

Der Bundesrat ist am 7. Dezember 2018 über die Tätigkeiten der KGGT während des Berichtsjahrs informiert worden. Am 1. Juni 2018 hat er vom Bericht zu den Geldwäschereirisiken bei juristischen Personen Kenntnis genommen.

Ziel 5: Die Schweiz bleibt führend in Bildung, Forschung und Innovation, und das inländische Arbeitskräftepotential wird besser ausgeschöpft

Realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur steuerlichen Behandlung der Kinderdrittbetreuungskosten verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 9. Mai 2018 verabschiedet.

Ziel 6: Die Schweiz sorgt für bedürfnisgerechte, zuverlässige und solid finanzierte Verkehrs- und Kommunikationsinfrastrukturen

Nicht realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zu einer Änderung des Bundesgesetzes über die Nationalstrassenabgabe (E-Vignette) verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat im Sommer 2017 eine Vernehmlassung zur Revision des Nationalstrassenabgabegesetzes (NSAG) durchgeführt. Die kontroversen Stellungnahmen haben gezeigt, dass die Akzeptanz für eine rein elektronische Erhebung gegenwärtig nicht gegeben ist. Der Bundesrat hat deshalb am 21. November 2018 entschieden, die bisherige Klebevignette nicht vollständig zu ersetzen, sondern durch eine elektronische Alternative zu ergänzen. Er hat das Eidgenössische Finanzdepartement beauftragt bis Mitte 2019 eine entsprechende Botschaft auszuarbeiten.

Ziel 7: Die Schweiz stärkt den Zusammenhalt der Regionen und fördert die Verständigung der unterschiedlichen Kulturen und Sprachgruppen

Realisiert

- ▶ **Mit Blick auf die Erstellung des Evaluationsberichtes 2019 zur Förderung der Mehrsprachigkeit ist die Evaluation strukturiert, und die Prioritäten (Kriterien und Indikatoren) sind definiert.**

Die Evaluation ist strukturiert und die Prioritäten (Kriterien und Indikatoren) sind definiert (Wirkungsmodell).

Ziel 8: Weiterentwicklung der IKT des Bundes

Teilweise realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat im Rahmen des Steuerungs- und Betriebsmodells für den Rechenzentren-Verbund festgelegt, welche weiteren Rechenzentren/Serverräume der zentralen Bundesverwaltung bis wann in den Rechenzentren-Verbund migriert werden sollen.**

Der Bundesrat konnte nicht wie geplant 2018 festlegen, welche weiteren Rechenzentren/Serverräume der zentralen Bundesverwaltung bis wann in den Rechenzentren-Verbund migriert werden sollen. Aus der Analyse-Phase ging hervor, dass die IKT-Strategien und -Architekturen einzelner Departemente sowie die Migrationsplanungen betreffend das neue Rechenzentrum in Frauenfeld stärker abzustimmen sind. Dies machte eine inhaltliche und terminliche Neuplanung notwendig.

- ▶ **Das Migrations- und die Umzugskonzepte für die Ablösung verschiedener Rechenzentrumsstandorte der zivilen Bundesverwaltung und Migration der Informatikinfrastruktur und -systeme in das Rechenzentrum «Campus» in Frauenfeld sind erarbeitet, und die Anwendungs- und Service-Anpassungen sind konzipiert.**

Die Migrations- und Umzugskonzepte sind erstellt und das BIT hat in Bern mit einem vorbereitenden Abbild von CAMPUS («CAMPUS-Klein») bereits die Realisierungsphase gestartet. Die als notwendig identifizierten Anwendungs- und Service-Anpassungen innerhalb des BIT sind bekannt und werden mit den Anwendungsverantwortlichen im Rahmen des Lebenszyklus der Anwendungen vorgenommen. Basierend auf der erstellten Systemarchitektur wird das ISC-EJPD in einer ersten Etappe im RZ CAMPUS für alle Daten und Backups zeitnah Kopien abspeichern und zusätzlich eine Grundinfrastruktur im Rahmen der Vorsorge für den Katastrophenfall aufbauen.

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

Ziel 1: Die Schweiz sorgt für bestmögliche wirtschaftliche Rahmenbedingungen im Inland und unterstützt so ihre Wettbewerbsfähigkeit

Überwiegend realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht über eine Regulierungsbremse verabschiedet (in Erfüllung des Po. Caroni 15.3421). ***

Der Bundesrat hat den Bericht «Regulierungsbremse: Möglichkeiten und Grenzen unterschiedlicher Ansätze und Modelle» (in Erfüllung des Po. Caroni 15.3421) am 7. Dezember 2018 gutgeheissen.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht zu den Verfahren beim Zugang zu geschlossenen Märkten des Bundes verabschiedet (in Erfüllung des Po. Caroni 15.3398). ***

Um die Frage, ob das Bundesrecht beim Zugang zu geschlossenen Märkten in allen Fällen ein faires, transparentes und diskriminierungsfreies Auswahlverfahren gewährleistet, vertieft zu klären, hat das SECO ein externes Gutachten vergeben. Der Bericht konnte im Berichtsjahr dem Bundesrat noch nicht vorgelegt werden.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht über die staatlichen Beihilfen in der Schweiz verabschiedet (in Erfüllung des Po. FDP-Liberale Fraktion 15.3387). ***

Der staatliche Fussabdruck auf Bundesebene wurde im Laufe des Jahres 2018 erfasst. Um den staatlichen Fussabdruck auf kantonaler Ebene zu erfassen, hat das SECO eine Studie extern vergeben. Der Bericht in Erfüllung des Postulats konnte im Berichtsjahr dem Bundesrat nicht vorgelegt werden.

- ▶ **Die beschlossenen Reformmassnahmen im Rahmen der «Neuen Wachstums politik» sind termingerecht umgesetzt.**

Der Bundesrat hat den Bericht zum Umsetzungsstand der Neuen Wachstumspolitik 2016–2019 am 20. Dezember 2017 zur Kenntnis genommen. Die Reformmassnahmen sind mehrheitlich auf Kurs. Die Umsetzung der restlichen Massnahmen wurde im Jahr 2018 fortgesetzt.

- ▶ **Die Massnahmen in der neuen Tourismusstrategie des Bundes sind konkretisiert und deren Umsetzung hat begonnen.**

Das SECO hat 2018 im Rahmen der Konkretisierung und der Umsetzung der Tourismusstrategie des Bundes 2017 einen Schwerpunkt auf die Kommunikation und die Wissensvermittlung sowie auf die Förderung des Unternehmertums gelegt.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Revision des Bundesgesetzes über die Finanzhilfen an gewerbeorientierte Bürgschaftsorganisationen verabschiedet (in Erfüllung der Mo. Comte 15.3792). ***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 14. Februar 2018 verabschiedet.

- **Die Massnahmen zur Umsetzung des Beschlusses über den Exportwettbewerb der 10. WTO-Ministerkonferenz in Nairobi vom Dezember 2015 sind auf den 1.1.2019 in Kraft gesetzt und die Änderung der Verpflichtungsliste LIX-Schweiz-Liechtenstein im Bereich Ausfuhrsubventionen ist bei der WTO notifiziert. ***

Der Bundesrat hat am 21. September 2018 die Revision des Bundesgesetzes über die Ein- und Ausfuhr von Erzeugnissen aus Landwirtschaftsprodukten (neu: Bundesgesetz über die Einfuhr von Erzeugnissen aus Landwirtschaftsprodukten) per 1. Januar 2019 in Kraft gesetzt. Damit wird der WTO-Beschluss auf dieses Datum landesrechtlich umgesetzt. Die Schweiz unterbreitete die Änderung der Verpflichtungsliste LIX-Schweiz-Liechtenstein am 2. Mai 2018 der WTO. Sie wurde am 2. August 2018 rechtskräftig.

- **Der Bundesrat hat die Eckwerte für die Agrarpolitik ab 2022 festgelegt.**

Der Bundesrat hat die Leitlinien am 15. Juni 2018 festgelegt und am 14. November 2018 die entsprechende Vernehmlassung eröffnet.

- **Der Bundesrat hat erste Massnahmen des Konzeptes zur Reduktion des Grenzschatzes im Bereich Landwirtschaft und Ernährung umgesetzt.**

Der Bundesrat hat im Kontext der Gesamtschau zur mittelfristigen Weiterentwicklung der Agrarpolitik beschlossen, die Marktzugangsfrage von der Weiterentwicklung der Agrarpolitik abzukoppeln. Entsprechend wird fallweise im Kontext von Freihandelsabkommen zu entscheiden sein, inwieweit eine punktuelle, partielle Reduktion des Grenzschatzes für Agrarprodukte und Lebensmittel vorgenommen werden muss. In der Berichtsperiode ist vor allem der Abschluss des Freihandelsabkommens mit Indonesien erwähnenswert. Zudem hat der Bundesrat am 30. November 2018 beschlossen, beim Zucker im Rahmen der befristeten Massnahmen zugunsten des Zuckerrübenanbaus einen neuen Mindestzoll einzuführen.

- **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Volksinitiative «Mehr bezahlbare Wohnungen» verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 21. März 2018 verabschiedet.

Ziel 2: Die Schweiz sorgt für gute Rahmenbedingungen, damit die Digitalisierung zur Sicherung und zum Ausbau des Wohlstandes beitragen kann

Realisiert

- **Der Bundesrat hat den Bericht über die Analyse der digitalen Tauglichkeit bestehender, wirtschaftspolitisch relevanter Gesetze und Aufzeigen eines allfälligen Revisionsbedarfs («Digitaler Test») verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat am 29. August 2018 die Ergebnisse der Umfrage «Digitaler Test» des WBF zur Kenntnis genommen. Gleichzeitig hat er beschlossen, Massnahmen zur Verminderung der Hindernisse bei den gesetzlichen Formvorschriften vertieft zu prüfen.

- ▶ **Die vorgeschlagenen Massnahmen des Berichtes zu Rahmenbedingungen der digitalen Wirtschaft (Digitalisierungstest, Wettbewerbspolitik, Mietrecht, bildungssystematische Herausforderungen) sind umgesetzt.**

Die vorgeschlagenen Massnahmen sind umgesetzt. Von den Ergebnissen der Umfrage «Digitaler Test» des WBF hat der Bundesrat am 29. August 2018 Kenntnis genommen.

Ziel 3: Die Schweiz bleibt führend in Bildung, Forschung und Innovation, und das inländische Arbeitskräftepotenzial wird besser ausgeschöpft

Teilweise realisiert

- ▶ **Die Vernehmlassung zur Teilrevision des ETH-Gesetzes ist eröffnet. ***
Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Teilrevision des ETH-Gesetzes am 21. November 2018 eröffnet.

- ▶ **Die Lancierung neuer Forschungsprogramme (NFP) im Bereich der Digitalisierung ist erfolgt. ***
Der Bundesrat hat mit Entscheidung vom 21. September 2018 die Lancierung des neuen nationalen Forschungsprogrammes NFP Digitale Transformation eröffnet.

- ▶ **Weitere Massnahmen zur Digitalisierung im Bereich «Bildung» sowie «Forschung und Innovation» sind vorbereitet.**
Die gemäss «Aktionsplan Digitalisierung» für die Jahre 2019/2020 vom Bundesrat beschlossenen Massnahmen wurden eingeleitet. Dies umfasst Massnahmen in acht Aktionsfeldern in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation in Verantwortung des Bundes sowie in gemeinsamer Verantwortlichkeit von Bund und Kantonen.

- ▶ **Die Steuerung der Innosuisse ist gemäss den «Strategischen Zielen des Bundesrates für die Schweizerische Agentur für Innovationsförderung (Innosuisse) 2018–2020» sichergestellt.**
Im Rahmen der Fachaufsicht des Bundesrates hat das WBF mit der Innosuisse die Eignerggespräche (Zwischenbilanz) geführt. Es kann konstatiert werden, dass die Innosuisse bezüglich der strategischen Ziele auf dem richtigen Weg ist. Der «Bericht des Bundesrates über die Erfüllung der strategischen Ziele der Innosuisse im Geschäftsjahr 2018» konnte dem Bundesrat im Berichtsjahr nicht unterbreitet werden.

- ▶ **Die Vernehmlassung zu einer adäquaten gesetzlichen Grundlage des Eidgenössischen Hochschulinstituts für Berufsbildung (EHB) ist eröffnet. ***
Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zum EHB-Gesetz am 7. Dezember 2018 eröffnet.

- ▶ **Der nationale Bildungsbericht Schweiz 2018 ist veröffentlicht.**
Der durch die SKBF (Schweizerische Koordinationsstelle für Bildungsforschung) erarbeitete Bildungsbericht Schweiz 2018 wurde am 19. Juni 2018 der Öffentlichkeit präsentiert.

- ▶ **Die aktualisierte Internationale Strategie der Schweiz im BFI-Bereich ist durch den Bundesrat verabschiedet. ***

Die revidierte Version der internationalen Strategie der Schweiz im Bereich Bildung, Forschung und Innovation wurde am 4. Juli 2018 vom Bundesrat genehmigt.

- ▶ **Die Beteiligung der Schweiz am Institut von Laue-Langevin (ILL) als wissenschaftlicher Mitgliedstaat für die Periode 2019–2023 ist durch den Bundesrat verabschiedet. ***

Aufgrund von Verzögerungen bei den Verhandlungen zwischen der Schweiz und dem ILL konnte der Bundesrat diese Beteiligung noch nicht verabschieden.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Beschluss zur Aufteilung der Betriebskosten der European Spallation Source ERIC zwischen den Mitgliedstaaten vor und während des Betriebes gefällt. ***

Aufgrund von Verzögerungen bei der Konsensfindung zwischen den Mitgliedstaaten von European Spallation Source ERIC konnte noch keine Aufteilung der Betriebskosten vereinbart werden. Die Verhandlungen werden weitergeführt. Ein Beschluss des Bundesrates konnte im Berichtsjahr nicht stattfinden.

Ziel 4: Die Schweiz leistet ihren Beitrag zu einer tragfähigen Weltwirtschaftsordnung und sichert der Schweizer Wirtschaft den Zugang zu internationalen Märkten

Überwiegend realisiert

- ▶ **Die Freihandelspolitik ist durch den Ausbau des Netzes von Freihandelsabkommen und die Weiterentwicklung der bestehenden Abkommen gestärkt. ***

Die Freihandelsabkommen (FHA) mit Georgien und den Philippinen sind am 1. Mai beziehungsweise am 1. Juni 2018 in Kraft getreten. Der Bundesrat hat am 21. November 2018 die Botschaft zur Genehmigung des FHA mit Ecuador und jene über das modernisierte FHA mit der Türkei verabschiedet. Die beiden FHA wurden anlässlich des EFTA Ministertreffens vom 25. Juni 2018 unterzeichnet. Das FHA mit Indonesien wurde am 16. Dezember 2018 in Jakarta unterzeichnet. Im November 2018 fand die sechste Verhandlungsrunde zwischen der EFTA und dem Mercosur statt. Die Arbeiten sind allgemein gut vorangekommen. Die Kontakte mit Indien haben sich im Laufe des Jahres wieder intensiviert. Es bleibt auf beiden Seiten der Wille, diese Verhandlungen so schnell wie möglich abzuschliessen. Im Mai 2018 fand die sechzehnte Verhandlungsrunde mit Vietnam statt und einige Fortschritte konnten erreicht werden. Damit diese Verhandlungen zum Abschluss gebracht werden können, müssen sich die Positionen in mehreren Bereichen aber noch annähern. Demgegenüber konnten die Verhandlungen mit Malaysia im Wesentlichen aus innenpolitischen Gründen in Malaysia nicht fortgesetzt werden. Entsprechend beschränkten sich die Kontakte auf Diskussionen auf Chefunterhändlerstufe. Auch konnten die Verhandlungen zur Revision des bestehenden FHA mit Mexiko nicht fortgesetzt werden, dessen letzte Verhandlungsrunde im Juni 2017 stattfand. Mexiko knüpft weiter die Fortsetzung der Gespräche an die Bedingungen, dass sich die Positionen beim Marktzugang für Landwirtschaftsprodukte deutlich annähern müssen. Ausserdem haben die EFTA-Staaten im Januar 2018 mit der Südafrikanischen Zollunion (SACU) Verhandlungen zur Aktualisierung des bestehenden FHA aufgenommen und drei Verhandlungsrunde haben bisher

stattgefunden. Solche im Berichtsjahr geplanten Verhandlungen mit Chile konnten noch nicht aufgenommen werden. Der exploratorische Prozess mit Kanada für eine mögliche Weiterentwicklung des bestehenden Abkommens wurde fortgesetzt. Zudem haben die EFTA-Staaten im Rahmen ihres handelspolitischen Dialogs ein fünftes Treffen mit den USA abgehalten und die Schweiz führte im Oktober 2018 exploratorische Gespräche mit diesem Partner über ein allfälliges FTA.

► **Die offene, regelbasierte multilaterale Handelsordnung im Rahmen der WTO ist gestärkt und wird in Verhandlungen weiterentwickelt. Allfällige Beschlüsse der 11. WTO-Ministerkonferenz sind umgesetzt. ***

Die WTO befindet sich inmitten der aktuellen handelspolitischen Auseinandersetzungen. Die WTO steht insbesondere seitens der USA unter Druck, welche u.a. bemängelt, dass die WTO es nicht schaffe, aktuelle Herausforderungen zu regeln. Um dieser Kritik zu begegnen, haben verschiedene WTO-Mitglieder Reforminitiativen ins Leben gerufen. Auf Initiative Kanadas haben sich 13 WTO-Mitglieder, darunter die Schweiz, am 25. Oktober 2018 auf Ministerebene in Ottawa getroffen. Auf Verhandlungsebene verzeichneten v.a. die Bereiche Fischereisubventionen und Landwirtschaft starkes Interesse unter den Mitgliedern. Die anlässlich der 11. WTO-Ministerkonferenz lancierten Initiativen wiesen im Jahr 2018 unterschiedliche Entwicklungen auf. Am meisten Unterstützung fand der exploratorische Prozess zu E-Commerce. Die 73 teilnehmenden WTO-Mitglieder haben einen Grossteil der Vorbereitungsarbeiten abgeschlossen. Regelmässige Treffen fanden auch zum Thema Kleinstunternehmen und KMU statt. In den Bereichen Investitions erleichterungen und Inlandregulierungen für Dienstleistungen konnten hingegen bis anhin keine massgeblichen Fortschritte verzeichnet werden.

► **Die Verhandlungen zum plurilateralen Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (TISA) wurden abgeschlossen, das Abkommen allenfalls unterzeichnet und gegebenenfalls die Botschaft verabschiedet. ***

Die Verhandlungen wurden in Dezember 2016 sistiert. Es fanden seither keine Aktivitäten im TISA-Prozess statt.

► **Der Bundesrat hat einen Bericht zur Neubeurteilung der Lage der Schweizer Rohstoffbranche verabschiedet. ***

Der Bericht wurde am 30. November 2018 vom Bundesrat gutgeheissen.

► **Die Verhandlungen über Kooperationsabkommen im Wettbewerbsbereich mit Deutschland und gegebenenfalls weiteren Nachbarstaaten sind aufgenommen.**

Nachdem die exploratorischen Gespräche Ende 2017 abgeschlossen wurden, hat sich die Aufnahme von Verhandlungen aus terminlichen Gründen auf deutscher Seite verzögert.

Ziel 5: Die Schweiz erneuert und entwickelt ihre politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur EU

Teilweise realisiert

- ▶ **Die Verhandlungen für ein institutionelles Abkommen werden weitergeführt, und gegebenenfalls wird der Bundesrat die entsprechende Botschaft verabschiedet. ***

Die Verhandlungen über ein institutionelles Abkommen wurden 2018 auf der Grundlage des bestehenden (vom Bundesrat am 2. März 2018 präzisierten) Mandats weitergeführt und konnten auf technischer Ebene zu einem Ergebnis geführt werden. Der Bundesrat hat an seiner Sitzung vom 7. Dezember 2018 den mit der EU ausgehandelten Text zur Kenntnis genommen. Er hat das EDA beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem WBF und dem Bundespräsidenten den Abkommensentwurf bei den betroffenen innenpolitischen Akteuren in Konsultation zu geben. Demzufolge konnte die Botschaft nicht im Berichtsjahr verabschiedet werden.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft über einen zweiten Beitrag zur Verringerung der wirtschaftlichen und sozialen Ungleichheiten in der erweiterten EU an ausgewählte EU-Staaten verabschiedet. ***

Die Botschaft wurde am 28. September 2018 vom Bundesrat verabschiedet.

- ▶ **Verschiedene Massnahmen werden ergriffen zur Gewährleistung des guten Funktionierens des Freihandelsabkommens zwischen der Schweiz und der EU von 1972, einschliesslich des Protokolls Nr. 2 über den Handel mit landwirtschaftlichen Verarbeitungserzeugnissen (revidiert 2004), des Abkommens über den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen von 1999, des Abkommens über das öffentliche Beschaffungswesen von 1999 sowie des Wettbewerbskooperationsabkommens von 2013. ***

Das Freihandelsabkommen zwischen der Schweiz und der EU von 1972 funktioniert insgesamt gut. Die EU hat im Berichtsjahr vorläufige Schutzmassnahmen auf Stahlimporte sowie Überwachungsmassnahmen auf Aluminiumimporte eingeführt. In verschiedenen Interventionen, wie im ausserordentlichen und ordentlichen Treffen des Gemischten Ausschusses, forderte die Schweiz primär eine Ausnahme von den EU-Massnahmen und subsidiär, dass diese Massnahmen den bilateralen Handel nicht beschränken und somit das Freihandelsabkommen respektieren. Mit der EU wurden konstruktive Gespräche zu den jährlichen Referenzpreisanpassungen unter dem Protokoll Nr. 2 geführt. Eine Referenzpreisanpassung wurde per 1. Mai 2018 umgesetzt. Das 14. Treffen des Gemischten Ausschusses Schweiz-EU für das öffentliche Beschaffungswesen fand am 23. Mai 2018 statt. Das Wettbewerbskooperationsabkommen von 2013 ist inzwischen ein wichtiges Instrument der WEKO. Dessen Anwendung verlief 2018 reibungslos.

- ▶ **Das Abkommen über den Abbau technischer Handelshemmnisse (MRA) von 1999 (Medizinprodukte) ist aktualisiert.**

Die Arbeiten konnten aufgrund der noch nicht abgeschlossenen technischen Äquivalenzprüfung bis Ende 2018 nicht abgeschlossen werden.

- ▶ **Entscheide zur Aufrechterhalten der Beziehungen im Bereich des Handels sowie im Forschungs- und Bildungsbereich im Lichte der Entwicklungen zwischen der EU und dem Vereinigten Königreich sind gefällt und allenfalls erforderliche Botschaften sind verabschiedet. ***

Am 14. Dezember 2018 hat der Bundesrat den Text eines Handelsabkommens mit dem Vereinigten Königreich verabschiedet, mit dem die bestehenden Wirtschafts- und Handelsbeziehungen auch nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union fortgesetzt werden sollen. Die Unterzeichnung des Abkommens sowie die Verabschiedung der entsprechenden Botschaft durch den Bundesrat konnten im Berichtsjahr aber noch nicht erfolgen.

Ziel 6 Die Schweiz stärkt ihr Engagement für die internationale Zusammenarbeit und baut ihre Rolle als Gastland internationaler Organisationen aus

Überwiegend realisiert

- ▶ **Die Mittel für die Wiederauffüllung des Green Climate Fund (GCF) sowie des International Fund for Agricultural Development (IFAD) sind beschlossen. ***

Der Bundesrat erneuerte im Berichtsjahr die finanzielle Unterstützung der Schweiz an den IFAD für die Jahre 2019–2021. Das Board des GCF hat aufgrund internen Klärungsbedarfs erst im Oktober über die Wiederauffüllung entschieden, weshalb die Wiederauffüllungsverhandlungen nicht im Berichtsjahr erfolgen konnten.

- ▶ **Das Verhandlungsmandat betreffend die Kapitalerhöhung der Weltbankgruppe (IBRD und IFC) ist verabschiedet.**

Der Bundesrat hat am 18. April 2018 die Teilnahme der Schweiz an den Kapitalerhöhungen der Weltbankgruppe (IBRD und IFC) gutgeheissen.

Ziel 7: Die Schweiz nutzt Boden und natürliche Ressourcen schonend und sichert eine nachhaltige Energieversorgung

Realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht «Studie über die Auswirkungen von Glyphosat in der Schweiz» (in Erfüllung des Po. WBK-N 15.4084) verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat den Bericht am 9. Mai 2018 gutgeheissen.

- ▶ **Der Bundesrat hat die totalrevidierten Ausführungsbestimmungen im Bereich Pflanzenschutz verabschiedet.**

Der Bundesrat hat am 31. Oktober 2018 im Rahmen des landwirtschaftlichen Verordnungspaketes die totalrevidierte Pflanzengesundheitsverordnung verabschiedet.

Ziel 8: Zivildienst

Realisiert

- ▶ **Die Vernehmlassung zur Revision des Bundesgesetzes über den zivilen Ersatzdienst (Zivildienstgesetz) ist eröffnet. ***

Der Bundesrat hat am 20. Juni 2018 die Vernehmlassung zur Zivildienstgesetzrevision eröffnet. Die Vernehmlassung dauerte bis am 11. Oktober 2018.

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Ziel 1: Die Schweiz sorgt für bedürfnisgerechte, zuverlässige und solid finanzierte Verkehrsinfrastrukturen

Teilweise realisiert

► **Der Bundesrat hat die Botschaft zum Ausbauschritt Bahninfrastruktur 2030–2035 verabschiedet. ***

Die Botschaft des Bundesrates zum Ausbauschritt 2035 des strategischen Entwicklungsprogramms Eisenbahninfrastruktur wurde am 31. Oktober 2018 verabschiedet.

► **Der Bundesrat hat die Botschaft zum Bundesbeschluss über die Freigabe der Mittel für den Ausbauschritt 2018 des Strategischen Entwicklungsprogrammes (STEP) Nationalstrassen, für grössere Vorhaben im Nationalstrassennetz und für den Betrieb, Unterhalt und Ausbau der Nationalstrassen verabschiedet. ***

Mit Beschluss vom 14. September 2018 hat der Bundesrat die Botschaft zum Zahlungsrahmen Nationalstrassen 2020–2023, zum Ausbauschritt 2019 für die Nationalstrassen und zum Verpflichtungskredit verabschiedet.

► **Der Bundesrat hat die Botschaft zum Bundesbeschluss über die Freigabe der Mittel ab 2019 für das Programm Agglomerationsverkehr verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft zum Bundesbeschluss über die Verpflichtungskredite ab 2019 für die Beiträge an Massnahmen im Rahmen des Programms Agglomerationsverkehr am 14. September 2018 verabschiedet.

► **Die Vernehmlassung zu einer Abgabe auf Elektro-Fahrzeugen wurde durchgeführt. ***

Die im Rahmen des Nationalstrassen- und Agglomerationsverkehrs-Fonds (NAF) geplante Abgabe auf Elektro-Fahrzeuge wurde bis auf Weiteres sistiert, da vorerst die Förderung der Elektromobilität im Zentrum steht und die Liquidität des NAF keine zusätzlichen Einnahmen erfordert.

► **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Teilrevision des Enteignungsgesetzes verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat am 1. Juni 2018 die Botschaft zur Teilrevision des Enteignungsgesetzes verabschiedet.

► **Die Vernehmlassung zur Reform Regionaler Personenverkehr ist eröffnet. ***

Die Vernehmlassung zur Reform im Regionalen Personenverkehr konnte nicht wie geplant eröffnet werden, da aufgrund des im Februar 2018 publik gewordenen Falls Postauto zusätzliche Abklärungen zu Fragen der statutarischen und subventionsrechtlichen Prüfung erforderlich wurden.

► **Die Vernehmlassung zur Revision Eisenbahnhaftpflichtrecht ist eröffnet. ***

Die Vernehmlassung zur Revision des Eisenbahnhaftpflichtrechts konnte nicht wie geplant eröffnet werden, da die Ressourcensituation beim Bundesamt für Verkehr eine Erstreckung des Zeitplans erforderte.

- ▶ **Der Sachplan Verkehr, Teil Infrastruktur Luftfahrt, Konzeptteil, ist vom Bundesrat verabschiedet.***

Der Konzeptteil des Sachplans Verkehr, Teil Infrastruktur Luftfahrt, konnte 2018 vom Bundesrat nicht verabschiedet werden. Der Zeitplan erfuhr aufgrund einer Anhörung der Luftfahrtkreise eine Verzögerung von sechs Monaten.

- ▶ **Der Sachplan Verkehr, Teil Infrastruktur Luftfahrt, Objektblatt Genf, ist vom Bundesrat verabschiedet. ***

Mit Entscheidung vom 14. November 2018 hat der Bundesrat das für den Flughafen Genf massgebende Objektblatt des Sachplans Infrastruktur Luftfahrt (SIL) genehmigt. Damit erhält der Nationalflughafen einen generellen Rahmen für den Betrieb und für die Entwicklung der Infrastruktur bis zum Jahr 2030.

- ▶ **Das Vernehmlassungsverfahren zur Revision des Strassenverkehrsgesetzes ist eröffnet.**

Das Vernehmlassungsverfahren konnte im Berichtsjahr nicht eröffnet werden, da die Vorbereitungsarbeiten mehr Zeit in Anspruch nahmen als geplant.

- ▶ **Das erste Umsetzungspaket zur Fahrausbildung ist verabschiedet.**

Mit Beschluss vom 14. Dezember 2018 hat der Bundesrat die Revision der Fahrausbildung verabschiedet und in Kraft gesetzt.

- ▶ **Die Revision der Strassenfahrzeugvorschriften ist verabschiedet.**

Mit Beschluss vom 21. November 2018 hat der Bundesrat die Neuerungen bei den Fahrzeugvorschriften und die Einführung eines neuen Fahrtschreibers verabschiedet und in Kraft gesetzt.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Berichte «Vereinfachung Bewilligungsverfahren für Berufschaffende» (in Erfüllung des Po. FDP-Liberale Fraktion 14.3301) * und «Touristische Transportunternehmen vom Geltungsbereich des Arbeitszeitgesetzes ausnehmen» (in Erfüllung des Po. KVF-S 16.3351) verabschiedet.**

Der Bericht «Vereinfachung Bewilligungsverfahren für Berufschaffende» (in Erfüllung des Po. FDP-Liberale Fraktion 14.3301) konnte im Berichtsjahr dem Bundesrat nicht vorgelegt werden, da die Erarbeitung zugunsten anderer Arbeiten zurückgestellt werden musste. Der Bericht «Touristische Transportunternehmen vom Geltungsbereich des Arbeitszeitgesetzes ausnehmen» (in Erfüllung des Po. KVF-S 16.3351) wurde am 29. August 2018 vom Bundesrat gutgeheissen.

- ▶ **Die Nutzungsbedürfnisse innerhalb der Luftraum- und Infrastrukturstrategie sind erhoben.**

Die Nutzungsbedürfnisse wurden bis Ende September 2018 erhoben und konsolidiert. Auf Basis der dadurch entstandenen Bedürfniskategorien wurden die Handlungsfelder für die Strategie abgeleitet.

Ziel 2: Die wirtschaftliche, nachhaltige und sichere Energieversorgung der Schweiz ist gewährleistet

Teilweise realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Revision des Wasserrechtsgesetzes verabschiedet. ***
Der Bundesrat hat am 23. Mai 2018 die Botschaft zur Revision des Wasserrechtsgesetzes verabschiedet.
- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zum Stromabkommen mit der EU nach Möglichkeit verabschiedet. ***
Die Verhandlungen zu einem Stromabkommen wurden weitergeführt, deren Abschluss hängt jedoch von einem institutionellen Abkommen ab. Die Botschaft wurde deshalb noch nicht verabschiedet.
- ▶ **Das Vernehmlassungsverfahren zur Revision des Stromversorgungsgesetzes ist eröffnet. ***
Der Bundesrat hat die Vernehmlassung am 17. Oktober 2018 eröffnet.
- ▶ **Das Vernehmlassungsverfahren zum Entsorgungsprogramm 2016 ist eröffnet. ***
Das UVEK verzichtete auf die Durchführung einer Vernehmlassung zum Entsorgungsprogramm, da dieses kein Bundesvorhaben, sondern ein technisches Programm der Entsorgungspflichtigen ist, das von den Bundesbehörden überprüft und überwacht wird.
- ▶ **Der Abschluss von Etappe 2 und der gleichzeitige Start der dritten und letzten Etappe des Sachplans geologische Tiefenlager sind realisiert. ***
Die Etappe 2 des Sachplans geologische Tiefenlager wurde am 21. November 2018 mit der Genehmigung durch den Bundesrat abgeschlossen. Gleichzeitig hat der Bundesrat die Etappe 3 gestartet.
- ▶ **Das Vernehmlassungsverfahren zu den Verordnungen der Strategie Stromnetze ist eröffnet.**
Der Bundesrat hat die Vernehmlassung am 8. Juni 2018 eröffnet.
- ▶ **Das Vernehmlassungsverfahren zur Revision der Stilllegungs- und Entsorgungsfondsverordnung ist eröffnet.**
Der Bundesrat hat die Vernehmlassung am 30. November 2018 eröffnet.

Ziel 3: Die Schweiz pflegt eine optimale Raum- und Bodennutzung, sorgt für einen wirksamen Umwelt-, Kulturland- und Naturschutz und trägt zur Eindämmung des Klimawandels und seiner Folgen bei

Überwiegend realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft Globaler Umweltfonds / Rahmenkredit Globale Umwelt (GEF) verabschiedet. ***
Der Bundesrat hat die Botschaft Globaler Umweltfonds / Rahmenkredit Globale Umwelt (GEF) am 5. September 2018 verabschiedet.

- **Der Bundesrat hat die Botschaft zur zweiten Etappe der Revision des Raumplanungsgesetzes (RPG) verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft zur zweiten Etappe der Teilrevision des Raumplanungsgesetzes am 31. Oktober 2018 verabschiedet.

- **Der Bundesrat hat die Botschaft Rahmenkredit 3. Rhonekorrektur verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft Rahmenkredit 3. Rhonekorrektur am 14. Dezember 2018 verabschiedet.

- **Der Stand der Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung durch die Schweiz ist ermittelt, und über allfällige Umsetzungsschwerpunkte ist entschieden worden. ***

In der «Bestandsaufnahme der Schweiz als Grundlage für den Länderbericht 2018» vom 20. Juni 2018 wurde der aktuelle Stand der Umsetzung der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung und der Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDG) ermittelt.

- **Die Vernehmlassung zur Anpassung des Umweltschutzgesetzes betreffend die Umsetzung der Strategie der Schweiz zu invasiven gebietsfremden Arten ist eröffnet. ***

Die Vernehmlassung zur Anpassung des Umweltschutzgesetzes betreffend die Umsetzung der Strategie der Schweiz zu invasiven gebietsfremden Arten konnte 2018 nicht eröffnet werden, da die Vorbereitungsarbeiten mehr Zeit in Anspruch nahmen als geplant.

- **Der Bundesrat hat den Bericht der Schweiz zur Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung (UN HLPF 2018) verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat den Bericht am 20. Juni 2018 zuhanden der UNO genehmigt.

- **Der Bundesrat hat den Umweltbericht verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat den Umweltbericht am 30. November 2018 gutgeheissen.

- **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Genehmigung der Änderung von 2012 des Protokolls zum Übereinkommen über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung, betreffend die Verringerung von Versauerung, Eutrophierung und bodennahem Ozon (Protokoll von Göteborg) verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft zur Genehmigung der Änderung von 2012 des Protokolls zum Übereinkommen über weiträumige grenzüberschreitende Luftverunreinigung, betreffend die Verringerung von Versauerung, Eutrophierung und bodennahem Ozon (Protokoll von Göteborg) am 5. September 2018 verabschiedet.

- **Die Anhörung zum überarbeiteten Sachplan Fruchtfolgeflächen ist abgeschlossen.**

Die Empfehlungen der vom UVEK eingesetzten Expertengruppe zur Überarbeitung und Stärkung des Sachplans Fruchtfolgeflächen wurden Anfang 2018 publiziert. Der überarbeitete Sachplan konnte wie geplant Ende 2018 in die Anhörung geschickt werden.

- **Die Berichte «Geologische Daten zum Untergrund» (in Erfüllung des Po. Vogler 16.4108), «Für eine verstärkte Teilnahme der bundesnahen Unternehmen an der Entwicklung der Berggebiete und ländlichen Räume» (in Erfüllung des Po. Hêche 16.3460), «PET-Recycling in der Schweiz. Weshalb ein gut funktionierendes System ändern?» (in Erfüllung des Po. Cramer 17.3257) und «Standortbestimmung zur Fischerei in Schweizer Seen und Fließgewässern» (in Erfüllung des Po. UREK-N 15.3795) und «Bessere Koordination zwischen Raum- und Verkehrsplanung» (in Erfüllung des Po. Vogler 15.4127) sind verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Berichte wie folgt gutgeheissen: Bericht «Geologische Daten zum Untergrund» (in Erfüllung des Po. Vogler 16.4108) am 7. Dezember 2018; «Für eine verstärkte Teilnahme der bundesnahen Unternehmen an der Entwicklung der Berggebiete und ländlichen Räume» (in Erfüllung des Po. Hêche 16.3460) am 30. November 2018; «Bessere Koordination zwischen Raum- und Verkehrsplanung» (in Erfüllung des Po. Vogler 15.4127) am 30. November 2018. Hingegen konnten der Bericht «PET-Recycling in der Schweiz. Weshalb ein gut funktionierendes System ändern?» (in Erfüllung des Po. Cramer 17.3257) und der Bericht «Standortbestimmung zur Fischerei in Schweizer Seen und Fließgewässern» (in Erfüllung des Po. UREK-N 15.3795) aufgrund aufwändiger Abklärungen nicht vorgelegt werden.

Ziel 4: Die Politik bezüglich Radio und Fernsehen, Postwesen sowie Informations- und Kommunikationstechnologien ist mit Blick auf die Bedürfnisse der Kunden sowie des Wirtschafts- und Forschungsstandortes Schweiz weiterentwickelt und trägt zur digitalen Entfaltung der Schweiz bei

Realisiert

- **Der Bundesrat hat über die Weiterentwicklung der Strategie «Digitale Schweiz» entschieden. ***

Der Bundesrat verabschiedete am 5. September 2018 die Strategie «Digitale Schweiz» für die nächsten zwei Jahre.

- **Die Vernehmlassung zum Bundesgesetz über elektronische Medien ist eröffnet. ***

Die Vernehmlassung zu einem künftigen Bundesgesetz über elektronische Medien wurde vom 21. Juni bis 15. Oktober 2018 durchgeführt. Das Gesetz soll dem veränderten Nutzungsverhalten infolge der Digitalisierung Rechnung tragen, eine Förderung von Online-Angeboten ermöglichen und das Radio- und Fernsehgesetz ablösen.

- **Der Bundesrat hat die neue Konzession für die SRG ab 2019 erteilt. ***

Der Bundesrat hat der SRG am 29. August 2018 eine neue Konzession erteilt. Diese tritt am 1. Januar 2019 in Kraft und gilt bis zum 31. Dezember 2022. Sie setzt kurzfristige Massnahmen zur Stärkung des nationalen Service public um, insbesondere in Bezug auf Integration, Qualität, Unterscheidbarkeit und Rechenschaftspflichten der SRG. Zudem erfüllt sie politische Vorstösse, welche noch auf der Grundlage des Bundesgesetzes über Radio und Fernsehen (RTVG) realisiert werden können.

- ▶ **Der Bundesrat hat über die Weiterentwicklung der Grundversorgung mit Post- und Zahlungsverkehrsdiensten sowie der Rahmenbedingungen für den Wettbewerb im Postbereich befunden.**

Der Bundesrat hat am 10. Oktober 2018 das UVEK beauftragt, eine Vernehmlassungsvorlage für eine Teilrevision des Postgesetzes auszuarbeiten. Er will die Aufsicht über die Grundversorgung im Zahlungsverkehr sowie den Konsumentenschutz stärken. Die vom ihm ebenfalls vorgeschlagenen Massnahmen zur Stärkung des Wettbewerbs wurden vom Parlament abgelehnt.

- ▶ **Über die Fortführung der aktuellen Konzessionen für die lokalen und regionalen Radio- und Fernsehveranstalter ist entschieden worden.**

Die Konzessionen für die lokalen und regionalen Radio- und Fernsehveranstalter sollen vom UVEK bis Inkrafttreten eines neuen Gesetzes für elektronische Medien, voraussichtlich 2024, verlängert werden. Der Inhalt des Leistungsumfangs ist definiert. Das UVEK verteilt die vom Bundesrat am 18. Oktober 2017 beschlossenen Abgabenanteile nach dem Verteilmodell, das bereits bei der Neukonzessionierung 2008 angewandt wurde.

- ▶ **Der Bundesrat hat Eckwerte für eine Datenpolitik der Schweiz festgelegt. ***

Der Bundesrat hat am 9. Mai 2018 die ersten Eckwerte seiner Datenpolitik festgelegt und Massnahmen in Bezug auf Open Data und Datenportabilität angeordnet.